

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strassen Nr. 5/6, und durch Postverkäufer zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 3.00, wo keine Post am Orte, M. 3.50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Infektionsgefahr Vermeidung für die einseitige Kolonialzelle oder deren Raum 20 Pf. Antiseptische Infektive 40 Pf. Zerkleinerter unter 20 Pf. Infektive für Korbwaren 25 Pf. Infektive für Sammlungen, Angeln 15 Pfennige. Infektive für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 203.

Breslau, Sonnabend, den 31. August 1912.

23. Jahrgang

Stadtverordneten-Wähler! Seht die Listen ein!

Heute Freitag ist der letzte Tag zur Sicherung des Wahlrechts.

Sozialdemokratie und Religion.

Zu der Streitfrage über einen unserer Programmartikel schreibt uns ein Mitarbeiter, dem wir nicht in allen Punkten beipflichten:

So ist er denn wieder einmal zum Vorschein gekommen, der den älteren Parteigenossen wohlbekannte Antrag, der die Partei zum Kampfe gegen die Religion schärfen will. Vor zehn und mehr Jahren konnte man ihm auf jedem Parteitag begegnen. In der Regel freilich fand er nicht einmal so viel Unterstützung, um überhaupt zur Verhandlung zu gelangen. So verzichtete man denn darauf, ihn immer von neuem vergeblich einzubringen, und wir hätten ihn tatsächlich schon fast vergessen, bis er dieses Jahr seine fröhliche Auferstehung gefeiert hat. Allerdings ist er um vieles zäher geworden. Seine wildeste Form hatte er wohl im Jahre 1903, wo der damalige Genosse Welcker verlangte: nur solche Personen, die keiner konfessionellen Religionsgemeinschaft angehören, dürften Parteiämter bekleiden und zu Wahlen als Kandidaten aufgestellt werden. So weit gehen die Freidenker heute nicht. Vermutlich hoffen sie, durch Mäßigung mehr zu erreichen, und fordern deshalb „nur“, der Parteitag solle ausdrücklich anerkennen, daß die Aufklärung über die Unvereinbarkeit der Religion mit der Wissenschaft eine wesentliche Aufgabe der Partei sei“. Damit haben sie aber einen Bock geschossen, den man eigentlich gerade von ihnen am allerwenigsten erwartet hätte.

Allerdings wird gerade den Proletariaten unter dem Namen „Religion“ allerlei dogmatischer Formelkram vorgelegt, der von der Wissenschaft längst widerlegt ist. Es wird ihnen zugemutet, zu glauben, daß Gott die Welt in sechs Tagen erschaffen, dabei den Himmel sogar zweimal, nämlich einmal „am Anfang“, und dann nochmals am zweiten Tage; daß er das Weib aus einer Rippe des Mannes gemacht habe usw., wortwörtlich alles, wie es in der Bibel steht. Aber trotzdem wäre es doch grundfalsch, hierin das Wesen der Religion zu sehen. Ueberlegen wir nur ein wenig weiter. Weshalb sollen die Proletarier diese alten Sagen als Wahrheit hinnehmen? Doch nur, um ihnen den Glauben an die göttliche Autorität um so fester einzuhämmern, das heißt den Glauben, daß es einen persönlichen Gott gibt, der das ganze Weltall geschaffen hat, und es auch dauernd zum Nutzen der Menschen regiert. Der Glaube an den persönlichen Gott ist die Hauptsache, alles andere ist Belmehl. Wir können uns nicht denken, daß dieser Satz bei irgendwem auf ernstlichen Widerspruch stoßen wird. Mag alles andere fallen, mag ein Mensch sich überzeugen lassen, daß die Schöpfungsgeschichte der Naturwissenschaft widerspricht und nicht richtig sein kann, mag er den ganzen Wunderglauben aufgeben, ja mag er sogar — was schon viel wesentlicher wäre — die religiösen Sittengebote anzweifeln, so lange er an die Existenz eines persönlichen Gottes glaubt, ist er religiös.

Nun wohl: dieser Glaube an die Existenz eines persönlichen Gottes ist aber mit der Wissenschaft keineswegs unvereinbar! Wie sollte er denn! Wir wissen — oder wir sind wenigstens überzeugt, daß die Welt nach ewigen, unabänderlichen Naturgesetzen lebt und ihren Lauf vollendet. Aber ist damit irgend etwas über den Ursprung dieser Naturgesetze gesagt? Läßt das nicht durchaus dem Glauben Raum, daß ein persönlicher Schöpfer das alles so bestimmt und eingerichtet hat und auch dauernd darüber wacht, daß es in Ordnung bleibt? Ueberhaupt gibt uns die Naturwissenschaft wohl Aufklärung über eine Menge von Vorgängen in der Natur, aber über die Entstehung der Welt sagt sie uns nichts. Und der wahre Wissenschaftler wird auf die Frage, ob es einen Gott gibt, sich stets mit der Antwort bescheiden müssen: das wissen wir nicht. Niemals wird er behaupten können: es gibt keinen Gott.

Folglich kann man auch nicht sagen, daß der Glaube an Gott mit der Wissenschaft unvereinbar sei. Wie könnte das auch sein! Gibt es doch zweifellos viele hervorragende intelligente und wissenschaftlich hochgebildete Leute, die an Gott glauben. Wer gibt uns das Recht, sie alle samt für Heuchler zu erklären, nur weil wir nicht an Gott glauben!

In aller Unschuld wollen also hier die Freidenker der Partei eine Aufgabe aufhaken, die sie schon deshalb nicht lösen kann, weil sie unlösbar ist.

Nun aber die Hauptsache: Was hat die Frage, ob es einen Gott gibt, mit Sozialismus zu tun? Man denke sich nur die Durchführung eines solchen Beschlusses. Au-

beweisen, daß Jesus nicht mit einem Brot 5000 Mann gespeist haben kann, würde allerdings nicht schwer fallen. Aber wir wollen doch unsere Gegner nicht so niedrig einschätzen, daß sie nicht alsbald diesen für sie recht unfruchtbareren Streit fallen lassen und die Erörterung auf den Hauptpunkt lenken, eben auf die Frage, ob es einen persönlichen Gott gibt. Und damit sollen wir unsere Versammlungen und unsere Presse füllen? Haben wir wirklich nichts Wichtigeres zu tun? Selbstverständlich soll es keinem Parteigenossen, der sich dafür interessiert, benommen sein, für seine Person privat und öffentlich so viel darüber zu diskutieren, wie er will. Und wenn einmal eine Parteiorganisation eine Versammlung mit diesem Thema anberaumt, so ist das auch weiter nicht schlimm. Aber der Schluß wird doch immer nur der sein: solcher Glaube ist Sache der persönlichen Empfindung jedes Einzelnen.

Es ist eben immer der alte Fehler, ein gründliches Mißverständnis über den Sinn unseres Programmsatzes: „Erklärung der Religion zur Privatsache“. So wie die Gegner eine Feindschaft gegen die Religion hineinlegen, so lesen die Freidenker eine Liebeserklärung für die Religion heraus. In Wahrheit ist er weder das eine noch das andere. Sondern er besagt wirklich nichts weiter, als was in ihm steht: die Religion soll zur Privatsache erklärt werden. Heute ist sie nämlich Staatsache. Und dieser Umstand, daß der Staat die religiösen Angelegenheiten in der Hand hat, der hat es ermöglicht, daß unter hervorragender Mitwirkung der Kirche die Religion als ein Mittel zur Widerhaltung des Proletariats benützt wird. Und wer hier einsetzt, der findet wahrlich Stoff genug zu echt sozialistischer Propaganda. Den Nachweis führen, daß die Kirche zur Dienerin des Mammons geworden ist, daß sie aus der Religion, und zumal aus der christlichen Religion, die nach Ursprung und Sinn eine Religion der Armen gewesen, umgekehrt ein Herrschaftsmittel der Reichen gemacht hat, den Nachweis, daß die Reichen das selbst nicht glauben, was die Armen glauben sollen, weil ja sonst schon die Furcht vor der Vergeltung im Jenseits sie zu einem ganz anderen Verhalten in Staat und Gesellschaft zwingen würde — dies und alles, was damit zusammenhängt, ausführlich darzulegen, wenn einmal die Rede auf das religiöse Thema kommt, das dürfte wohl angemessen und fruchtbarer für Sozialdemokraten sein, als der Streit um die Frage, ob es einen Gott gibt.

Vergessen wir nie, daß die Aufgabe der Sozialdemokratie in dem Kampf gegen die Ausbeutung des Proletariats besteht. Sie hat sich demnach mit der Religion nur insoweit zu befassen, wie diese — sei es direkt oder indirekt — als Hilfsmittel der Ausbeutung benützt wird. Das geschieht durch die gegenwärtige Verstaatlichung der Religion. Deshalb fordern wir Erklärung der Religion zur Privatsache, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Wie der Einzelne sich zur Religion stellt, ob er an Gott glauben will oder nicht, das hat er schließlich mit sich allein abzumachen.

Politische Uebersicht.

Ein richtiger Feld.

Es gehört zum guten Ton der konservativen Presse, den sozialdemokratischen gesinnten Teil des deutschen Volkes nicht in seinen Ideen zu bekämpfen — dazu laugt es ja nicht — sondern ihn zu beschimpfen und als persönlich minderwertig herabzusetzen. Hat jüngst die „Kreuzzeitung“ sich von einer Gräfin schreiben lassen, daß alle Sozialdemokraten schlechte Mütter gehabt hätten, hat der „Reichsbote“ bald darauf die Anhänger der größten Partei des Reiches als Säuer und Lumpenproletarier hingestellt, so kann natürlich auch die „Deutsche Tageszeitung“ in einem solchen Wettkampfe konservativer Gesinnungsvornehmheit nicht zurückbleiben. Darum hat sie sich von einem gewissen Dr. Herbert Stegemann einen Artikel über „Krieg und Sozialismus“ bestellt, in dem folgendes zu lesen ist:

Solange die Welt steht, hat sie sich im wesentlichen zwischen zwei großen fundamentalen Gegensätzen hin und her bewegt, sind es zwei Gruppen gewesen, die sich feindlich und fremd gegenüberstanden haben: die Tapferen, Edelgeborenen auf der einen, die Feigen, Schlechtgeborenen auf der anderen Seite. ... Es scheint, daß gerade in der Gegenwart die zweite Gruppe, die sich vornehmlich in der Sozialdemokratie verkörpert, immer mehr in den Vordergrund tritt.

Es lohnt sich selbsterklärend nicht, sich über die unreifen Schreibereien des tapferen und edelgeborenen Herbert

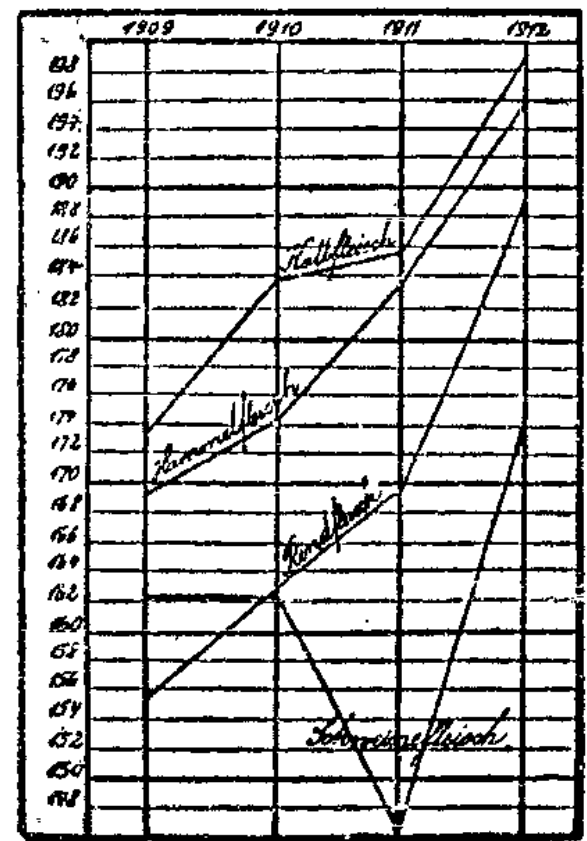
Stegemann aufzuregen. Man kann es in aller Ruhe dem Urteil der Welt anheimstellen, ob mehr Courage dazu gehört, zu Friedenszeit den Krieg in blutrünstigen Nebenarten zu verherrlichen und die Sozialdemokratie wegen ihrer Kriegsgegnerhaftigkeit in jugendhafter Weise zu beschimpfen, als dazu, im Klassenkampf gegen die herrschenden Gewalten der Gegenwart seinen Mann zu stellen, wie es Tausende feiger, schlechtgeborener Sozialdemokraten alle Tage tun. Nicht mit Unrecht nimmt man im allgemeinen an, daß diejenigen, die zu ungefährlicher Zeit das Maul am weitesten aufreißen, sich, wenn es ernst wird, selten als die richtigen Helden erweisen.

Damit genug über Herrn Herbert Stegemann, oder eigentlich schon zuviel. Festgestellt soll nun werden, daß die selbe konservative Presse, die vier Millionen deutsche Volksgenossen als Kinder schlechter Mütter, Säuer, Landstreichler, Feige und Schlechtgeborene zu titulieren geruht, sich ständig über die Verrohung des öffentlichen Lebens durch die Sozialdemokratie beklagt und noch schärferen Schutz der Ehre gegen Sozialdemokraten dringend fordert!

Wie stehts mit den Fleischpreisen?

Die Vertreter der Kaufmannschaft von Berlin veröffentlichten folgende Kundgebung zur Frage der Fleischteuerung:

Seit einer Reihe von Jahren zeigt die Bewegung der Preise für Vieh und Fleisch im allgemeinen eine aufsteigende Richtung. Diese Verteuerung eines der wichtigsten Volkswirtschaftsmittel hat sich in den letzten Monaten wiederum verschärft und bedroht die Lebenshaltung weiterer Bevölkerungsteile in einer auch für Handel und Industrie besorgniserregenden Weise. Nach den amtlichen Preisberichten zur Statistikischen Korrespondenz vom 22. August stellten sich in 51 preussischen Großstädten die Kleinhandelspreise für Fleisch während der ersten Hälfte des August der Jahre 1909 bis 1912 (zu Pfennigen für 1 Kilogramm im Gesamtdurchschnitt der Fleischgattung) folgendermaßen dar:



Der Vergleich der diesjährigen Augustpreise mit denen der Vorjahre zeigt ein von Jahr zu Jahr zu beobachtendes Ansteigen der Preise für Rind-, Kalb- und Hammelfleisch; der Preis für Schweinefleisch, das vor einem Jahre verhältnismäßig billig war, ist im August 1912 weit über seinen Stand vom August 1909 und 1910 emporgeschossen.

Die hohen Zölle verhindern, daß die Steigerung der Vieh- und Fleischproduktion der Vermehrung der Bevölkerung und der Entwicklung des Volkswohlfandes folgt. Unzweckmäßige Bestimmungen des Viehsteuern- und des Fleischbeschaffungsgesetzes hindern die erforderliche Ergänzung der heimischen Fleischproduktion durch die Einfuhr von ausländischem Vieh und Fleisch, insbesondere aus überseefernen Gebieten. Infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse des Vorjahres und der hierdurch bedingten Ausfälle an Futtermitteln treten im laufenden Jahre die Wirkungen der hohen Zölle und der Einfuhrbeschränkungen mit besonderer Deutlichkeit in die Erscheinung.

Die große Schärfe des herrschenden Notstandes erheischt schleunige Maßnahmen, die geeignet sind, die Teuerung zu lindern und ihrer Wiederkehr vorzubeugen. Die Vertreter der Kaufmannschaft von Berlin haben in einer Reihe von Denkschriften und Eingaben Vorschläge zur Milderung des Notstandes gemacht; sie stellen in der Hauptsache folgende Forderungen auf:

1. Die Einwirkung auf Fleisch und Fleisch — auch Wurstfleisch — müssen, mindestens vorübergehend, aufgehoben oder ermäßigt werden.

2. Das Viehfleisch und das Fleisch der Schaafe müssen unter Wahrung der Interessen der öffentlichen Gesundheitspflege und der deutschen Viehzucht so abgeändert werden, daß in größerem Umfange als bisher Vieh und Fleisch aus dem Auslande eingeführt werden kann.

3. Es muß sofort in eine Revision der Fälle für Futtermittel, insbesondere für Mais, eingetreten werden.

4. Die Bahnerhaltungen müssen durch eine Ermäßigung der Eisenbahntarife für Vieh und Fleisch und durch ausreichende Bestellung von Schlachthäusern die Fleisch-Verforgung der Großstädte und Industriezentren erleichtern.

5. Zweckmäßig wird auch eine Umgestaltung der Vieh-Haltung sein, welche Vieh in Viehbeständen schneller erkennen läßt, als dies heute möglich ist.

Damit allein darf es allerdings nicht getan sein, sondern es muß auch der Zwischenhandel eine Überwachung und eine kommunale Konkurrenz erhalten.

Jedenfalls zeigt die obige graphische Darstellung in wissenschaftlicher Schärfe das unheimlich rasche Ansteigen der Fleischpreise.

Gleiches Unrecht für alle.

Der Terrorismus, den die preussische Staatsbahnverwaltung gegen ihre Arbeiter übt, beginnt sich auch den technischen Beamten dieses sozialen Musterinstituts in drückender Weise fühlbar zu machen. Am 21. Juli d. J. wurde in Essen ein Bauassistent wegen seiner Zugehörigkeit zum Bund der technisch-industriellen Beamten geländigt, seine Beschwerde ist jetzt vom Minister v. Breitenbach zurückgewiesen worden.

Inzwischen richtet der Bund eine Eingabe an den Eisenbahnminister, in der u. a. ausgeführt wird:

Die Kündigung kennzeichnet sich hiernach als eine Maßregelung, das heißt als eine Bestrafung dafür, daß der Bauassistent . . . von dem nach Artikel 30 der Preussischen Verfassung und nach § 1 des Reichvereinsgesetzes jedem Staatsbürger zustehenden Rechte, sich zu Zwecken, welche den Gesetzen nicht zuwiderlaufen, mit anderen Personen zu vereinigen, Gebrauch gemacht hat. Da wir nicht annehmen zu dürfen glauben, daß eine derartige, gegen den Geist des Preussischen Staatsgrundgesetzes und eines Reichsgesetzes verstößende Handlungsmasse einer staatlichen Behörde von Ew. Excellenz gebilligt wird, bitten wir Ew. Excellenz ersuchen, veranlassen zu wollen, daß die Kündigung des Bauassistenten . . . rückgängig gemacht wird.

Die Eingabe macht weiter darauf aufmerksam, daß der gemäßregelte Bauassistent kein öffentlicher Beamter war, sondern auf Grund privaten kündbaren Dienstvertrags beschäftigt wurde und sagt dann weiter:

Was den Vorwurf anbelangt, daß unser Bund nicht davor zurückzusehen, Forderungen durch Arbeitsniederlegung zu erkämpfen, so erwidern wir auch hierauf, daß wir in der Tat gewillt sind, von allen gesetzlich zulässigen Mitteln, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der technischen Angestellten zu fördern, Gebrauch zu machen. Wir betonen aber gleichzeitig, daß wir schon aus Gründen der Zweckmäßigkeit die vollständige Arbeitsverweigerung als das äußerste Mittel betrachten, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Unsere nunmehr achtjährige Tätigkeit beweist, daß wir bei allen Konflikten mit dem privaten Unternehmensum nicht unversucht gelassen haben, um auf friedlichem Wege eine Verständigung zu erzielen.

Nach alledem dürften Ew. Excellenz wohl nicht mehr im Zweifel sein, daß die von dem Herrn Präsidenten der Königlich-Preussischen Eisenbahndirektion Essen anscheinend beabsichtigte Befehls eines Streiks der in unserem Bund organisierten Eisenbahntechniker außerordentlich fernliegt. Grundtatsächlich aber wird sich dagegen, daß ein oder mehrere Eisenbahntechniker irgend wann und aus irgendwelchem Grunde von dem Recht, ihre Verträge zu kündigen, Gebrauch machen, nichts einwenden lassen, nachdem auch die Staatsbahnverwaltung sich das Kündigungsrecht vorbehält.

Daraufhin erhielt der Bund folgenden Bescheid:

An den Bund der technisch-industriellen Beamten Berlin.

Dem Bauassistenten . . . in Essen (Ruhr) muß es überlassen bleiben, seine öffentlichen Ange-

legenheiten auf dem vorgeschriebenen Wege selbst wahrzunehmen.

Ich bemerke hierbei, daß den Eisenbahnbeamten und Arbeitern nicht gestattet werden kann, einem Bund anzugehören, dessen Satzungen sie unter gewissen Voraussetzungen zu gemeinsamen Arbeiten in der Eisenbahnverwaltung verpflichtet. Ich habe Anlaß genommen, die königlichen Eisenbahndirektionen darauf aufmerksam zu machen, daß die Satzungen des Bundes eine solche Verpflichtung auferlegen und daß sich diese Verpflichtung auch auf die dem Bund angehörenden Eisenbahnbediensteten erstreckt.

gez. von Breitenbach.

Der Eisenbahnminister beschränkt sich also nicht darauf, die Maßregelung des Bauassistenten zu billigen, sondern kündigt ein gleiches Vorgehen gegen die anderen Angestellten an. Sie müssen entweder aus ihrer Organisation ausscheiden und auf alle Unterstützungsgerechte verzichten, die sie sich durch jahrelange Beitragsleistung erworben zu haben glauben, oder sie verlieren ihr Brot. Man kann nicht leugnen, daß in diesem Vorgehen Konsequenz liegt, dieselben wahrhaft preussischen Grundzüge, die für Arbeiter gelten, werden auch gegen die Angestellten zu Anwendung gebracht. Es ist das jedenfalls das sicherste Mittel, den Angestellten zu zeigen, daß sie nur Schulter an Schulter mit den Arbeitern kämpfend die ihnen vorenthaltenen staatsbürgerlichen Rechte erringen können.

Reichensverbrennung auf dem Schlachtfelde.

Mit einem angenehmen Kulturproblem des Militarismus beschäftigt sich der Oberstabsarzt Dr. Blau im Militär-Wochenblatt. Die großen Kriege der Zukunft werden viel mehr Opfer fordern als die blutigsten Schlachten der Vergangenheit.

Auf dem Schlachtfelde werden sich Berge getöteter Menschen anhäufen, und ihr saules stinkendes Fleisch wird Erde, Wasser und Luft vergiften. Wurde doch zum Beispiel schon Ende 1870 von den Ranton-Vollstreckungskommissaren im Austrage der deutschen Regierung festgestellt, daß von der Schlacht am 16. August allein im Ranton Worze gegen 14.000 Soldatenleiber, insgesamt aber etwa 30.000 Menschen zum Teil kaum mit Erde bedeckt waren, daß in einzelnen Rantonen die Brunnen nicht mehr zu benutzen seien und verschiedentlich die Sterblichkeit zunahm. Nun werden die modernen Kanonen, Maschinengewehre und — wenn die Technik die kühnen Hoffnungen unserer Kriegspatrioten bescheidigt — die stabilen bombenspeienden Luftfahrzeuge eine noch ganz andere Schlachterarbeit verrichten, als die Mäuser und Mitrailleusen von 1870. Darum stellt Dr. Blau die Einführung fahrbarer automobiler Defen in Erwägung, die bei den Etappen aufzustellen und im Bedarfsfall auf das Schlachtfeld vorzuschieben sind. Wo eine vollkommene Einsicherung nicht möglich ist, soll man sich mit einer teilweisen Verbrennung begnügen und den halb verbrannten Kadaver unter die Erde bringen.

Nach die Kreise, die sich sonst aus religiösen und ethischen Gründen ablehnend gegen eine Feuerbestattung verhalten, werden nach Dr. Blaus Meinung in diesem Falle ihre Bedenken fallen lassen müssen. Und das könnten sie allerdings. Denn wenn man keine religiösen und ethischen Bedenken dagegen hat, Menschen gegen Stachelbräute zu hegen, um sie dann zu Tausenden niederzulartachen, kann es einem doch schließlich auch gleich sein, ob die Schlachtopfer gebraten oder ungebraten unter die Erde gescharrt werden. Mag man sich also befehlen, die Massenrösten zu bauen, man weiß ja doch nicht, wie bald man sie schon brauchen wird, und sie dann zur allgemeinen Verehrung auf öffentlichen Plätzen aufstellen als höchstes heiliges Sinnbild unserer mordpatriotischen Kultur!

Die Organisation der Landarbeiter.

Die Furcht vor der aufsteigenden freien Landarbeitergewerkschaft hat den Bestrebungen nach Schaffung „christlicher“ und „nationaler“ Arbeitervereine neue Nahrung gegeben. Im „Reichsboten“ setzt nun ein Kenner der Verhältnisse, Pastor H. J. Alfred Edert auseinander, daß das gar nicht so leicht sein werde. Er meint:

Weder unsere Großgrundbesitzer, noch unsere Bauern sind für sie (die Organisation der Landarbeiter) leicht zu gewinnen. Sie sagen sich ganz richtig, daß durch die Organisation das Solidaritätsgefühl geweckt und anhaltend gestärkt wird, und beschränken mit Recht, daß es sich in ungelener Zeit in gesteigerten Lohnforderungen und eventuell im Streit geltend machen könnte. Sie werden also in jeder Organisation, auch in einer christlich-patriotischen, eine mehr oder weniger feindliche Macht sehen. Diese Sachlage wird es den meisten Landpartern und Lehrern unmöglich machen, die Zusammenfassung der Landarbeiter in ihre Hand zu nehmen, denn sie würden sich dadurch in Gegensatz zu ihren Besitzern stellen und schnell den Boden unter den Füßen verlieren. Voraussetzung ist dabei, daß es sich wirklich um eine kraftvolle, selbständige Organisation handelt, und nicht um irgend einen unchristlichen patriotischen Verein, in dem die Landbesitzer den Ton angeben. Außer diesen beiden wird sich aber in sehr vielen Fällen niemand finden, der geeignet wäre, die Organisation zu leiten.

Das ist ein wahrhaft klassisches Bild der auf dem Lande wie überall in der bürgerlichen Gesellschaft herrschenden Klassengegensätze. Was kümmert die ländlichen Arbeitgeber Christentum und Patriotismus? Das sind doch nur die Ideologien, hinter denen sich ihr Klassen- und Ausbeuterbewußtsein verbirgt. Nicht im Glauben, sondern in der Lohnfrage sieht ihr „krasser Materialismus“ das entscheidende Moment.

Und weil die ländlichen Arbeitgeber für ihren Geldbeutel fürchten, darf kein Pastor, kein Landlehrer es wagen, die Gründung einer noch so christlichen, noch so nationalen Organisation in die Hand zu nehmen.

O, über den Terrorismus — der Sozialdemokratie!

Amnestie in Bayern. Eine bayerisch-österreichische Korrespondenz meldet: Der Prinzregent äußerte sofort nach der Verkündigung des Gesetzes vom 19. Juni 1912 über die Verkündung des Strafgesetzbuches den Wunsch, durch einen Gnadenbeweis die Wiltierungen des Gesetzes auch denjenigen Personen zuteil werden zu lassen, die vor Inkrafttreten des Gesetzes verurteilt wurden, die Strafe aber noch nicht verbüßt haben. Auf den jetzt erstatteten Bericht des Justizministeriums beugnete der Prinzregent eine große Anzahl von Verurteilten. Manche Verurteilten wurde die Strafe völlig erlassen, darunter Strafen bis zu 3 Monaten Gefängnis. Bei vielen Verurteilten wurde die Freiheitsstrafe erheblich gemildert, bei vielen die Gefängnisstrafe in eine mäßige Geldstrafe umgewandelt.

In Preußen ist Genosse Growta auf Grund der Paragraphen zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, die jetzt gemildert sind. Dies wird man wie in ganz Preußen von einer Amnestie nichts merken.

Bayerische Hofzerählungen. Die Münchener Landeskorrespondenz schreibt: In Münchener Kreisen, die mit dem Postlager in Hohenchwangau Fühlung haben, erzählt man sich, daß der Regent mit den auswärtigen politischen Verhältnissen Bayerns nicht mehr zufrieden sein soll. Er soll von der Wirkung des Jesuitenerlasses unangenehm berührt sein, und besonders davon, daß in der Presse immer wieder darauf hingewiesen werde, daß durch diesen Erlass Bayern mit dem Reich in einen Konflikt geraten sei. Aufällig ist jedenfalls, daß der Regent öfters Einladungen an Mitglieder des früheren Ministeriums Bodemils ergehen läßt, während Freiherr v. Hertling nur zu den dringendsten Audienzen erscheint. Diese Meldung wird natürlich ein Dementi erfahren. Dies wird aber nichts verwirren, da man hier in München davon überzeugt ist, daß ein Ministerium Hertling heute nicht berufen würde, wenn es nicht schon da wäre.

Zentrum-Geschehen. Das Zentrum beschloß am Mittwoch in der bayerischen Abgeordnetenkammer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Liberalen, daß die Anträge und Petitionen wegen Verbesserung der Löhne der Militärarbeiter jetzt beim Militäratet nicht beraten werden sollen; vielmehr sollen alle Staatsarbeiterfragen zusammen später beim Finanzetat erörtert werden. Zweck dieses Manövers ist, die Militärverwaltung zu verhornen, jetzt die Löhne der Militärarbeiter

Die Bagabunden.

Roman von Karl von Soltei.

71)

„Leben Sie glücklich mit ihr?“
„Wie die Engel. Jeden Abend nahm ich die Kaffe in Empfang. Wir lebten sehr glücklich. Doch auch dieses Glück sollte nicht dauernd sein. Sie fühlte sich Mutter. — O, Freund, niemals werde ich die süßen Stunden vergessen, wo wir die Feierabende plaudernd mit süßen Hoffnungen schmückten. Diese gaben unserem jungen, schnell erwarteten Weltbürger. Unsere Einbildungskraft erging sich in weiten Räumen: wird es ein Knabe sein oder ein Mädchen? Oder keins von beiden? Wird es nach dem Vater, wird es nach der Mutter schlagen? Wird es vielleicht eine Riesin, doch von unbegreiflicher Größe, wie noch nie ein männlicher Riese gezeigt wurde, wo man ohne Bedenken zwiesache Eintrittspreise stellen dürfte? Wird es — o du liebes Kind! — vielleicht nur einen Arm haben, aber an diesem zwei Hände? Oder auch gar keinen, wie seine gute Mutter, um deren Gesicht forzusehen? Oder werden ihm vielleicht beide Beine fehlen? Das wäre minder vortheilhaft. Ach! riesen wir dann beide zugleich, während Pamela mich umarmte?“

„Sie umarmte?“
„Das heißt, während ich sie umarmte, — erscheine halb, wachse halb an, hohe, glückverheißende Mißgeburt: lächle halb Deinen Eltern entgegen. Sei endlich, wie Du willst, wenn Du nur etwas mitbringen, was noch niemals für Geld zu haben war! Eines Morgens überraschte mich Pamela mit der Erzählung eines Traumes. Sie hatte sich Mutter gesehen; sie hatte im Traume — nein, nein, es ist zu viel! Wenn ich daran denke, möchte ich vergehen! Sie hatte ein Kind mit zwei Köpfen geboren!“

„Im Traum?“
„Das wäre nichts, junger Mensch. Im Traume bleibt das bedeutungslos, und streng genommen kann jeder träumen, was ihm gut dünkt. Im Traume mach ich mich anheißig, Drillinge zu gebären, die aneinander gewachsen sind, wie Doppeltürken oder Mandeln in einer Schale. Das will nicht viel sagen! Aber wenn ich erwäge, daß diesem Traume eine Weisheit folgte, daß sie zu dem nämlichen Tage Mutter wurde, daß sie wirklich und wahrhaftig von einem Kinde Mutter wurde, welches wirklich und wahrhaftig zwei Köpfe hatte, aus zwei Rechten schrie! . . . Fort, begreifen Sie, was das heißt? O, im Schnee möchte ich mich kühlen, wie ein nackender Neger — einen solchen Schatz läßt mich das Schicksal sehen! Hat ihn
S. 2.

mit neckend vor! Ich greife ihn mit diesen meinen Händen! — und eine Viertelstunde später — sagen Sie, wer hätte sich keinem unerfahrenen Wesen derlei Bosheit zugetraut? — Ist es tot, mausetot! Wie nur jemals ein verächtliches gewöhnliches Kind mit einem einzigen Kopfe tot gewesen ist! Unkündliches Kind! Deinen Vater so zu küssen!“

Die Mutter starrte auf. Sie konnte den Jammer nicht überleben. Der dumme Altkocher behauptete, an den Folgen einer zu frühen Entbindung. Keine Spur! An den Folgen des Grames starb sie, desselben Grames, der an mir nagte, ohne mich zu töten. O, daß ich keine Riesennatur gewesen wäre! daß ich meinem Gram hätte unterliegen müssen, wie Pamela dem ihrigen! Vielleicht wäre mir besser. Ich sage: vielleicht!“

„Es ging Ihnen nicht gut, seitdem Sie Witwer sind?“
„Abgewidmet, junger Mann! Es könnte mir glänzend gehen, hätte ich nicht leichtsinnig gehandelt, leichtsinnig wie ein Racker in Ferien! Das anatomische Museum — es war in den Niederlanden, wo ich Weib und Kind verlor, — fandte mir einen Unterhändler, den Anlauf der Leichen zu betreiben. Ich schlug meine Selige zu billig los. Keine Frage, um hundert Prozent zu wohlfeil. Eine so tugendhafte Gattin, keinen Arm an Leibe und tausend Gulden! Verschleudert, offenbar verschleudert! Doch darüber darf ich nachträglich nicht jammern, denn, frei zu reden, unter uns: was hätte sie mir gemüht? Als Leiche? Ich hätte sie begraben müssen; darin lag kein Reiz, weder für sie, noch für mich. Also, das wäre zu beschwern. Aber unseren Sohn! Unseren lieben, kleinen, hoffnungsvollen, eigenartigen Sohn; ein Kind von solch enormen Anlagen! Ich bitte Sie, sagen nicht etliche Wörter, die ihre Alltagsbälge von Kindern pressen wollen: mein Kind hat Kopf? Nun frage ich, wie viel Kopf hat denn Euer Wurm, wenn es hoch kommt? Einen! Einen einzigen! Mein Kind hätte deren zwei! Und ich gab es — Käufer an mir selbst, der ich war! — gab es für fünfhundert Gulden fort. War ich ein Räuber an mir selbst? Sagen Sie?“

Anton hatte die größte Mühe, ernsthaft zu bleiben, würde aber trotz aller Mühe in lautes Lachen ausgebrochen sein, hätte nicht ein gewisser Widerwille, den die Brutalität seines neuen Freundes in ihm erzeuge, ihm Kraft zum Ernste verleihe. Er entgegnete, ohne nur mit den Lippen zu zucken: „Ich dachte doch, fünfhundert Gulden wären ein schönes Stück Geld? Noch dazu hinführende, was hätten Sie denn überhaupt mit der toten Mißgeburt beginnen wollen?“

„Was ich damit . . . o, junger Mann, Sie schmecken noch gar sehr nach Jünger Jugend. Was ich mit meinem Sohne hätte beginnen sollen? Ja, was begann denn das Museum mit ihm? Um? Es bewachte ihn in einer großen Flasche

voll Spiritus. Da schwebt der junge Schrampl und zeigt zum Erstaunen bewundernder Gaffer auch denen ein freundliches Gesicht, die hinter ihm stehen. Kommt' ich nicht, ich frage Sie, kommt' ich nicht mein eigenes Museum werden? Kommt' ich nicht meinen Sohn in Spiritus bei mir behalten und durch ihn, den Geistreichen, einen Grundstein legen zu einem künftigen Kabinett von andertwärtigen Mißgeburten, unterschiedlichen Raritäten, Menschenbüden, Vogelnestern, kleinen Schlangen, Negerköpfen, Mammutsnagen, Basaltknippen, Walfischrippen, Ammonsöhörnern, versteinerten Hölzern, Seemuscheln und unanständigen Bildern? Solche Sammlung würde sich auf Reisen umher wie ein Schneeball, indem sie durch die Bewegung größer wird. Eine solche besäße ich jetzt durch meinen Sohn. Und das habe ich veräumt, ich leichtfertiger, gefühlloser Vater. Schrampl Vater und Schrampl Sohn sind für immer getrennt. So oft ich daran denke, lebhaft daran denke, möchte ich mir den Kopf abreißen, was auch in Stunden der Wut unsehbar schon geschehen wäre, wenn . . .“

„Wenn Sie deren zwei besäßen, wie der Verblüdhene.“
„Vollkommen richtig; Sie erraten meine Gedanken. — Die Strafe meiner Dummheit liegt nicht auf sich warten. Mit den fünfhundert Gulden kaufte ich mir drei Stück Kaffern, braune Keris, die unbefleibete Naturballe ausführen, kriegerisch heulten, lebendige Föhner zerrißen, diese roh verschlungen und allerlei hübsche Schälchen machten. Der Amerikaner, von dem ich sie kaufte, bewies mir schmerzhaft auf weiß, daß sie keine Klaven waren, die er fast ebenso teuer gekauft und wenig abgeduldet hatte. Er stellte mir eine Kullung aus, rich die Dufaten ein, und ich war im Besitz. Anständig ging die Geschichte ganz gut, außer daß sie mich wenig verstanden, und ich sie garnicht. Die Hälfte der Einnahme vertragen sie mit freilich in Föhnern, — doch als ich auf den Anzeigen bemerkte, diejenigen Zuschauer, welche das interessante Naturspiel des blutig-rohen Verschlingens zu beobachten wünschten, werden erucht, das dazu notwendige Geflügel selbst mitzubringen, — da fanden bedeutende Abnehmer statt, von denen manches auch für mich abfiel. Das Gleichgewicht stellte sich wieder her, und ich war zufrieden mit meiner Entreprisse. Nach und nach aber schnappten meine Klaven deutsche Wörter und Begriffe auf, suchten Umgang mit Kellnern und Dienstmädchen in den Gasthäusern, wo wir einkehrten, und gelangten so nach Ablauf eines Jahres zur Erkenntnis, daß es bei uns zu Lande keine Klavererei gebe, daß jeder Mensch frei sein. Unstimm! Erstens sind wir alle Klaven, zweitens auch ein jeder in anderer Art; zweitens waren sie Klaven und keine Menschen. Der erste beste Dabian ist mehr Mensch als sie es waren. Aber was half's? Die Rebellion brach aus,
(Fortsetzung folgt.)

in erlöhen und dadurch eine Drossel auf die andern Staats-
verwaltungen auszuüben. Man will dann kurz vor Sessions-
schluß die Aufbesserung aller Staatsarbeiter gleichmäßig als
finanzl. unauflösbar verweigern.

Die „Vorhomer Madonna“ beschlagnahmt. In Duer
ist das Bild aus dem „Wahren Jacob“ mit der Apotheose der
Mutter, die als Streifländerin ihren Säugling mit ins Gefäng-
nis nehmen mußte, von der Polizei beschlagnahmt worden. Das
Bild hatte ein Parteilose in sein Schaufenster gehängt. Der
sensibilisierende Polizeibeamte erklärte, daß jemand an dem Bilde
Anstoß genommen habe. — Duer ist eine gut katholische Stadt.
Man darf annehmen, daß hinter der edlen Seele, die an dem
Bilde Anstoß genommen, ein braver Katholik steckt, der gegen
die Art von „Säuglingsfürsorge“ nicht das geringste einzuwenden
gehabt haben wird.

Studium der Lage der Helmarbeiter. Vertreter des
Reichsanwalts des Innern weisen gegenwärtig wegen des Heim-
arbeitsgesetzes in Thüringen, um mit den Interessenten
eine Aussprache herbeizuführen. Am Mittwoch hat eine Konferenz
in Apolda stattgefunden.

Schwarzes Gulengebiet. Der Zentrumsabgeordnete
Steets hat den Wünschen der Schwarzen in Bezug auf den
Militärgottesdienst wie folgt Ausdruck gegeben:

- 1. eigene Militärkommunen mit wirklichen
Militärpartern unter Einbeziehung aller Militärpersonen,
- 2. überall eigene Garnisonkirchen,
- 3. würdiger Stellung der Militärgeliebten hin-
sichtlich des Raues.

In diesen „Grundforderungen“ gefellen sich dann noch
allerhand „Wünsche“, zum Beispiel die Herren Offiziere
möchten sich öfter zum Gottesdienste einstellen;
die Soldaten sollten in den Kasernen Kirchen-
lieder singen, damit sie beim Gottesdienste mitwirken können
und nicht einschlafen.

Die Militärgeliebten sollen das Recht haben, nicht nur
in den Bibliotheken zu „revidieren“, son-
dern auch die Kasernenbibliotheken zu durchsuchen, ob da nicht
„bedenkliche Schriften“ mit „Freihören“ gelesen werden.

Auch die katholische Presse sollte den Soldaten „zur Ver-
fügung gestellt“ und ihnen der Beitritt zu konfessionellen Ver-
einen, Gesellenvereinen usw. sowie der Besuch ihrer Veram-
mlungen gestattet werden.

Staub und meinte der Kriegsminister, das sei ja ein „sehr
reichhaltiges Programm“. Die schwarzen Gulen werden ihm
schonell genug die Augen ausschaden, wenn er ihren Mutter-
wünschen nicht nachkommt.

Abgelehnte Geschenke. Die „Norddeutsche Allgemeine
Zeitung“ weist darauf hin, daß in vielen Kreisen der Bevölkerung
die Absicht geäußert worden ist, aus Anlaß des 25 jährigen
Regierungs-Jubiläum Wilhelms II. der Freude über dieses Fest
durch Geschenke und Darbietungen verschiedener Art Ausdruck
zu geben. Der Kaiser lehnt die Entgegennahme der persönlichen
Geschenke ab und hat den Wunsch ausgeprochen, die hierfür in
Anspruch genommenen Mittel wohltätigen, gemeinnützigen oder
patriotischen Zwecken zuzuwenden. — Die patriotische Opfer-
willigkeit dürfte dadurch einige Abkühlung erfahren, denn es ist
ja genügend bekannt, daß bei Spenden der erwähnten Art die
Spender immer darauf rechnen, in irgend einer Weise „aus-
gesprochen“ zu werden. Bei Stiftungen, die sich aus Einzel-
beiträgen zusammensetzen, pflegt dies nicht in dem gewünschten
Maße der Fall zu sein; und wenn die Freigabe nicht ein-
träglich, hat es natürlich für viele Leute keinen Sinn, diese Tugend
zu üben.

**Bei den jährlichen Festtagen der freien Gewer-
schaften in der Stadt Lünen** hatte eine größere Zahl von
Geschäftsleuten, so auch am 12. August d. J. gesollt und
die Häuser mit Grün geschmückt. Daraus haben jetzt mili-
tärliche, evangelische, katholische und Beamtenvereine eine öffent-
liche Kundgebung erlassen, in der es heißt: „Wir empfinden
jenseitige Kundgebung vor dem offenbar als Propagandamittel ein-
gerichteten Massengang als einen Schlag gegen die na-
tionale und monarchische Ehre unserer Bürgererschaft.
Wir erheben dringend sämtliche Bürger der Stadt, sich durch
keinerlei Rücksichten und Beeinflussungen bestimmen zu lassen, an
dieser Kundgebung fernzuhalten teilzunehmen, und sichern den in
dieser Kundgebung mit und verbundenen Geschäftsleuten die um-
fangreichste Unterstützung zu.“

Die empfindlichen Herrschaften in Lünen scheinen Leser der
„Kreuzzeitung“ zu sein und sie sind dadurch auf den Gedanken
gekommen, daß das Grün nur für die schwarzblauen Lämmel-
brüder wächst.

Zur Bekämpfung des Saccharinschmuggels. Die preu-
ßischen Zollbehörden haben, um dem Saccharinschmuggel zwischen
Holland und Deutschland entgegenzutreten, die Aussicht über die
Eisenbahnstrecke, die die Grenze passieren, verschärft. Die Eisen-
bahnbehörden haben die Eisenbahnbeamten angewiesen, die Zoll-
beamten bei der Untersuchung zu unterstützen. Diejenigen
Eisenbahnbeamten, die Zolluntersuchung ausüben, erhalten Be-
lohnungen in Form von Geldprämien.

Ausland.

Türkisches Durcheinander.

Ueber **Verane** und Umgegend ist der Kriegszustand ver-
hängt worden. Nach dem Bericht des Kaisers von Uestüb ist
eine große Anzahl Aufständiger in Begleitung von Bauern
in die Stadt eingedrungen und hat die Warenhäuser, Bazare
und selbst mehrere Privathäuser geplündert. Die Bevölke-
rung findet bei den Behörden keinerlei Schutz, da diese macht-
los sind.

Wie jetzt haben die **Albanesen** die Waffendepots von
Brigand, Gjalova, Ipek, Mitrovica und Senja gestürmt.
Im ganzen fielen den Albanesen über hunderttausend Gewehre
in die Hände.

Das Offizierskorps hat in einer Versammlung beschlossen,
die Offiziere, die infolge der letzten Ereignisse desertierten, nicht
mehr in ihren Reihen zu dulden. Sollten die Offiziere dieser
Aufforderung nicht nachkommen, so wird sich das Offizierskorps
wahrscheinlich auflösen.

Gendarmen-Reiterei in Konstantinopel.

In der Nacht zum Donnerstag ist bei den Gendarmen ein-
ger in den Stadtteilen Galata und Kasim Pascha garnisonieren-
den Truppenteile eine Reiterei ausgebrochen. Der
Besuch ist jedoch vollkommen fehlerlos. Die Bewegung brach
kurz nach Mitternacht los. Einzelheiten über die Ereignisse sind
nicht bekannt, da die Kommandantur alle näheren Nachrichten
verweigert. Es wurden ausgebildete Schutzmaßnahmen getroffen.
Infanterie und Kavallerie wurde nach den wichtigsten Punkten
der Stadt entsandt. Eine Kavalleriepatrouille bewacht die
Banque Ottomane. Alle anderen Banken werden be-
wacht. Donnerstag morgen herrschte in der ganzen Stadt voll-
ständige Ruhe. Vor dem Kriegsministerium stehen drei Schwa-
dronen Kavallerie. Vom Kriegsministerium wurde die Auskunft
erteilt, daß sich bei dem Zwischenfälle die Truppen der Regie-
rungsgruppen erweisen habe. Die weiteren wurden angeht
von der jüngsten Partei angeht. Zudem mocht in einer
Sonderausgabe von dem Zwischenfall Mitteilung und sagt, die
Gendarmen hätten eine Kundgebung gegen die Regierung beab-
sichtigt. Die Regierung werde die Schuldigen streng bestrafen.
Die Untersuchung der nächsten Zwischenfälle wird durch
eine Sonderkommission geführt. Einer Person zufolge unter-
nahmen drei Gendarmenoffiziere und etwa 50 Gendarmen re-
gierungsfeindliche Kundgebungen, um Unruhen hervorzurufen.
Die Kundgebung wurde durch den Kriegsgericht aufgelöst.

Der Krieg in Tripolis.

Ueber angebliche Grundlinien für die Friedensverhandlun-
gen zwischen Italien und der Türkei will das „Echo
de Paris“ erfahren haben, die offiziellen Unterhändler in der
Schweiz hätten sich über folgende fünf Punkte geeinigt:

1. Italien verzichtet darauf, daß in dem Friedensvertrag
das italienische Annulationsdekret geant wird,
2. die Türkei ihrerseits wird nicht verlangen, daß im Frie-
densdekret die türkische Souveränität über Tripolitänien aner-
kannt wird,
3. Italien ist damit einverstanden, daß in der Syrenaika
türkische Truppen bis nach Abschluß eines Waffenstillstandes so
lange aufhalten, bis alle schwerwiegenden Fragen gelöst sind,
4. Italien zahlt eine beträchtliche Entschädigung
für die Annexion Tripolitänien,
5. Italien wird die Inseln im Negerischen Meer unter noch
festzusetzenden Bedingungen räumen, sobald die Feindseligkeiten
eingestellt sind und sobald die Frage des Hinterlandes von
Tripolitänien geregelt ist.

„Agenzia Stefani“ meldet aus **Quara** vom 28. August:
Nach der endgültigen Beilegung von Quara und Regadine,
welche die Karawanenstraßen beherrschen, ist die Aufrechterhaltung
der Befestigung Sidi Salda nur ummilde Kräftezerpflüchtung. (?)
Die Italiener entschlossen sich daher zur Räumung Sidi
Salda, die am 27. August stattfand.

Schweiz.

Ein Professor der Theologie über den Generalstreik.
Der Herr Dr. R. Ragaz, Professor der Theologie an der
Universität Zürich, hat über den Züricher Generalstreik, die
Bedeutung des Bürgerrechts und seiner Behörden und über die sitt-
liche Bedeutung der sozialistischen Arbeiterbewegung in einem
Artikel der Zeitschrift „Neue Wege“ Worte gefunden, die gleich-
zeitig von tiefem Ernst wie von wahrer Gerechtigkeitsliebe Zeug-
nis geben und besonders erschütternd an einer Stelle sind, von der
wir in Deutschland fast nur dienstwillige Pfaffen reden zu hören
gewohnt sind. Ragaz tadelt die Anordnung des Generalstreiks,
die auch viele Züricher Genossen angelehnt hatten, da noch kein
Grund zu einer äußersten Maßregel vorzulegen habe. Aber die
plötzliche und wahrhaft wütende Durchführung wie die Haltung
der Regierung habe ihn nachträglich gerechtfertigt. Nun haben
wir ein Wunder erlebt. Vor der Macht des sittlichen Gebotens,
der die Arbeiterbewegung trägt, sind alle Dämonen verschwun-
den. Ja, ein hohes Wunder ist es: der Geist einer
sittlich gebildeten Freiheit hat die Massen
ergriffen. Er kennzeichnet die sorglose und verlogene
Haltung der „öffentlichen Meinung“ gegenüber dem Geiste der
Selbstachtung und reifen Männlichkeit der Arbeiterbewegung, die
mit ihrer Erhebung der Waffen die bürgerliche Welt vor
Anarchie und Zerstörung schloß. Er spricht von einem Wunder
der Macht des Guten, einer Offenbarung des Göttlichen im
Menschlichen. Morgenluft jenes Tages, wo die Arbeit frei und das
Proletariat zu Ende sein wird. Er kritisiert scharf das
Truppenaufgebot, das tausenden Arbeitern das Militär
verleihen mußte. „In mir ist an jenem Abend etwas gestorben,
aller Stolz auf die Schweizerfreiheit und die Mission der
Schweiz.“ Am bittersten aber traf ihn die Abwesenheit
sozialen Denkens und Empfindens, die sich in
unserer bürgerlichen Gesellschaft zeigt. Witter kritisiert er die
Angst vor der Revolution, zu der der Streik umgelagert wurde,
die gerade in der Schweiz mit ihrer revolutionären Geschichte so
lächerlich sei — ebenso die Hege gegen die „ausländischen Deher“,
während zahlungsfähige ausländische Röhren umtrocknen werden.
Das ist des Pudels Kern: unsere bürgerliche Gesellschaft bewußt
ohne es zu wissen, die Arbeiterkraft, als ob sie eine Art
Kolonialware wäre und bleiben müßte. Die soziale
Revolution ist ein Stück Verkümmern des Programms:
Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon!

Amerika.

**Das sozialistische Landprogramm der sozialdemokratischen
Partei in den Vereinigten Staaten von Amerika.**

Im Anschluß an das allgemeine Programm wurde vom
Parteitag zu Indianapolis folgendes Spezialprogramm be-
schlossen:

1. Zurückhaltung und ständige Erweiterung des öffent-
lichen Besitzes: Rückbehaltung von Schul- und anderen An-
dereien. — Ankauf dürrer oder kumpfligen Landes. — Ankauf
alles wegen Steuerrückständen verfallenen Landes. — Desgleichen
abgetrennten und nicht zugewiesenen Indianerlandes. — Zurück-
haltung verpachteten Landes nach Beendigung der Pacht; Be-
zahlung der Verbesserungen.
 2. Abtrennung des Landwirtschaftsamtes von der politischen
Regierung; Wahl der Mitglieder und Beamten durch direkte
Wahl der Landwirte.
 3. Errichtung staatlicher Lagerhäuser.
 4. Freie landwirtschaftliche Erziehung und Anlage von
Musterschulen.
 5. Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaf-
ten für Ankauf von Samen, Düng, Beschaffung und Benutzung
von Maschinen, Verarbeitung und Ankauf von Produkten, ge-
meinsame Landbearbeitung.
 6. Staatliche Hypotheken- und Warenbeleihung
zum Kostenpreise.
 7. Staatsversicherung gegen Viehseuchen, Mücken, In-
sekten, Feuer, Sturm, Wasser, Hagel.
 8. Unterstützung der Landarbeiter in der Bildung von Ge-
nossenschaften mit dem Recht, Schulgebühren einlösbar in
40 Jahren, zwecks Erwerb von Land auszugeben. Einzel-
erwerb des Landes zum Kostenpreise in bar oder 40 jährigen
Raten.
 9. Steuer- und Pfandfreiheit von Wohnung,
Werkzeug, Vieh, Anlagen bis zum Werte von 1000 Dollar.
 10. Progressivsteuer auf Pacht- und Spekulations-
land.
 11. Recht zum Erwerb des Landes außerhalb wohnender
Person zum Taxpreis und 10 Prozent.
 12. Abgabe öffentlichen Landes an landlose Farmer zum
üblichen Pachtzins unter Aufsicht des Landwirtschaftsamts. Pacht-
freiheit, sobald die Pacht den Wert gedeckt hat. Erhaltung des
Gemeinbesitzes an allem diesen Lande.
- Bekanntlich ist an dem Programm die Abänderung
der Genossenschaften der Landwirte, die Steuer- und Pfandfrei-
heit bis zu 4000 Mark in 9 und die mögliche Erleichterung
in der Zugänglichkeitmachung des Landes für den Besitzlosen.
Die Pfandfreiheit für das eigene Wohnhaus begehrt, das dazu
erforderliche Kapital haben wir kürzlich auch für unsere Bau-
genossenschaften gefordert.

Amerikanische Intervention in Nicaragua.

Aus Washington wird gemeldet: Infolge von Nachrichten,
daß die Zustände in Nicaragua sehr bedenklich seien, ist
das 10. Infanterie-Regiment in voller Kriegsa-
rte sofort dahin beordert worden. Es soll längs der Eisen-
bahnlinie Extinto-Managua stationiert werden. Die amerika-
nischen Seesoldaten sind auf dem Dampfer „Patrie“ nach Ni-
caragua abgegangen.
Die Ermordung zweier Amerikaner hat wieder die Aufmerk-
samkeit auf die früheren Berichte gelenkt, nach denen die Sol-
daten jenseits und trennen, die Rebellen auf Frauen,
Kinder und andere am Kampf nichtbeteiligte Person und poli-
tische Gefangene umbringen. Die Mitglieder des Rebe-
lisenparlamentes haben allerdings diesen Verbrechen widersprochen.
Durch die Ankunft der Infanterien und der Seesoldaten er-
höht sich die Zahl der amerikanischen Truppen in Nicaragua
auf 3500 Mann. Wie es heißt, erfolgte die Landung der ameri-

kanischen Truppen mit Zustimmung der Regierung des Präsi-
dents Diaz.

In einer beim Staatsdepartement aus Nicaragua einge-
gangenen Depesche, in der um sofortige Hilfe für die in Ma-
tagalpa lebenden Amerikaner gebeten wird, wird die Ermordung
des „Türkischen“ Nelson in Matagalpa bestätigt.

Nach einem Telegramm aus Corinto ist Kapitän Terzano
mit amerikanischen Matrosen und Seesoldaten in das Aufstands-
gebiet nach Leon marschiert. Sowohl in Leon als in Managua
herrscht wieder Ruhe.

Amerikanische Redakteur. Der Schriftführer des Übersee-
amtes der Vereinigten Staaten gab die Ansicht bekannt, die
Einfluß von Kartoffeln zu verbieten, durch die die Kartoffel-
krankheit eingeschleppt wird. Von der Maßnahme würden u. a.
Deutschland und Oesterreich-Ungarn betroffen werden. Natürlich
handelt es sich hierbei nur um Repressalien gegen die Politik
unserer Regierung.

Kleine Auslandsnachrichten. Aus London wird
dem „Grenzboten“ gemeldet, infolge der am 18. August an Bord
der „Dreie“ ausgebrochenen Panik seien 50 Offiziere und
100 Matrosen bestraft worden.

Von Kopenhagen wird gemeldet, daß nach den gegen-
wärtigen Verhandlungen zwei englische Kreuzergeschwader
über die baltischen Gewässer befehligen werden. Nach
einer von Kopenhagen, das andere Stockholm anlaufen. Nach
Ankunft der Marinefachverständigen soll der Besuch der beiden
Kreuzergeschwader das Bestreben der britischen Flotte haben, das
durch die deutsche Flotte in der letzten Zeit in den baltischen
Gewässern etwas verbunkelt wurde.

Der von der italienischen Regierung seit langem geforderte
„gefährliche Anarchist“ Krabie wurde angeblich in Gebirgs-
gegend verhaftet und wird von den russischen Behörden an Italien
ausgeliefert.

Aus Oberschlesien.

Ein militärischer Beleidigungsprozeß mit politischem Hintergrund.

Nach vierwöchigen Verhandlungen ist der Prozeß gegen den
Amtsrichter und Leutnant der Landwehr Hermann Anstiel we-
gen Beleidigung seiner vorgesetzten militärischen Vorgesetzten
zu Ende gegangen und hat mit der Freisprechung des An-
gestagten Anstiel geendet. Der Staatsanwalt hatte 600 Mark
Geldstrafe beantragt.

In der Begründung des Urteils heißt es: Das Verbot
hatte keinen Zweck zu prüfen, ob § 186 (üble Nachrede) an-
zuwenden ist oder nicht. Nach dem rechtsgerichtlichen Urteil im
Prozeß Meißner-Garden ist es ausgeschlossen, daß § 186 in Frage
kommt, weil die unter Anklage gestellten Vorwürfe ausschließlich
auf Tatsachen begründet sind. Das Verbot hat es nicht genügt
sein lassen mit der Prüfung, ob § 193 (Wahrnehmung berech-
tigter Interessen) anzuwenden ist, denn die Voraussetzung der
Anwendung des § 193 ist, ob überhaupt eine Straftat nach
§ 186 vorliegt. Dem Hauptmann Kammerer ist der Vor-
wurf gemacht worden, er sei ein böswärtiger Geistes-
krank, vor dem man sich in jeder Beziehung in acht
nehmen müsse. Dieser Vorwurf hat das Verbot als wahr
erwiesen angesehen. Die Gesetzwidrigkeit ist
als festgestellt zu betrachten aus Grund des Gutachtens
des Sachverständigen. Die Böswärtigkeit wurde erklart
in den zweideutigen und nicht offenen Ver-
fahren gegenüber dem Angeklagten und dem Oberleutnant
Kiese, sowie in dem Verhalten des Hauptmanns bei den Kom-
mandoverhandlungen. Hierfür wurde der Wahrheitsbe-
weis objektiv erbracht. Der Vorwurf der Lüge und
der wiederholten Lüge gegenüber dem Hauptmann
Kammerer wurde durch den Wahrheitsbeweis in zwei
Fällen erwiesen.

Dem Baron v. Wittginghof wurde wieder
holte Lüge vorgetrieben. Auch dafür hat das Gericht den
Wahrheitsbeweis als erbracht angesehen.
Baron v. Wittginghof hat die Unwahrheit gesagt, wenn
er geschrieben hat, daß das Regiment den Antrag auf Ueber-
führung Kammerers zur Landwehr gestellt habe. Die bewusste
Einmischung auf das Ehrengericht ist nicht bewiesen. Der § 193
(Wahrnehmung berechtigter Interessen) wird dem Angeklagten
zugebilligt.

Der Vorwurf gegen den General v. d. Groeben,
daß er die direkte Unwahrheit gesagt hat, ist von dem
Gericht nicht als richtig betrachtet worden, denn der Divi-
sionskommandeur hat klar ausgedrückt, daß das außerordentliche
Verhalten des Angeklagten als ein dienstliches Interesse bezeich-
net worden ist. Über dem Angeklagten wird der Schutz des
§ 193 auch in diesem Punkte zugewilligt.

In der Begründung wird noch erklärt, wenn auch der
Vorwurf, daß das Ehrengericht gegen Oberleutnant v. Wittging-
hof bloß eine Farce gewesen sei, nicht bewiesen worden ist,
man auch hier dem Angeklagten den Schutz des § 193 zuge-
billigt habe.

Das Urteil wird dem Kriegsminister und den übrigen An-
wägern gerade nicht sehr angenehm sein.

Neustadt Oe., 30. Aug. Eine Horde von etwa
zweihundert Tagelöhnen, von denen sich 4 1/2 Millionen
Wähler betören lassen, nannte bekanntlich Herr Bürker, der
Chefredakteur des Neustädter Zentrumsblattes, die Führer
der Sozialdemokratie. Derselben Männer, denen auf
Grund ihrer Tatkraft im Parlament wie in den Kommunen
die besten Zeugnisse hervorragender ehrlicher Gegner zur Seite
stehen. Diese Beschimpfungen und die von jener Seite zu ge-
bräuchliche Kampfesweise fordert bei jedem rechtlich Denkenden
den schärfsten Protest heraus. Es findet daher am Sonntag
den 1. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Ge-
werkschaftshause eine öffentliche Volksver-
sammlung statt, für deren zahlreichen Besuch zu sorgen
die Pflicht eines jeden Parteigenossen erfordert. Thema:
„Zentrum und Sozialdemokratie.“ Redner:
ParteiSekretär Schölich-Breslau. Von dem Mute des
Herrn Bürker, mit dem demselben unter seinen
Glaubensgenossen die Verleumdungen
über seine Gegner austreten, erwarten wir, daß er gleichfalls
erscheint, um für seine Beschimpfungen dem Gegener Aug in
Aug gegenüber die Beweise hierfür zu erbringen. Un-
beschränkte Redefreiheit wird zugesichert. Auch wäre
es wünschenswert, wenn derjenige Teil des Bürgertums, der
von der noblen Kampfesweise Herrn Bürkers ein Lied singt
heimlich abneigend unter die auf seinem Rücken tanzende
Fuchtel beugt. Parteigenossen! Sorgt also mit allen Kräften
dafür, daß die Versammlung sich zu einer imposanten Gesamm-
lung und damit dem Herrn Bürker die einzig richtige Antwort ge-
teilt wird.

Reudorf bei Antonienhütte, 30. August. Gewerkschafts-
partei. Am Sonntag, den 1. September, vormittags 10 Uhr
findet im Gewerkschaftshaus, Reudorf, im Hause des Herrn
Woll eine Sitzung statt. Wichtige Tagesordnung. Öffentliches
Geschehen. Alle Delegierten und Gewerkschaftsvorstände wird
erwartet.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Böcher. — Redaktion und Expedition: Reudorf,
Gewerkschaftshaus 7. — Zeitung der „Volkswacht“, O. u. S. D. — Druck von
E. G. Böcher, O. u. S. D. — Familien in Breslau. — Preis 5 Pf.

Am 28. d. Mts., 2 Uhr nachm., verschied nach schwerem Leiden meine liebe Frau und Schwägerin, die Frau Schuhmachermeister **Auguste Moch** geb. Neumann im Alter von 70 Jahren. Dies zeigt schmerzhaft an **Der trauernde Gatte Wilhelm Moch.** Beerdigung: Sonnabend, nachm. 8 1/2 Uhr, v. d. Leichenhalle des Pohlantwitzer Friedhofes. Trauerhaus: Vinzenzstrasse 53.

Dankagung.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme, sowie für die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sage ich allen Beteiligten auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank.
Frau Karoline Krause nebst Mutter und Bruder.

Privatangestellte!

Kommt am **Sonnabend, den 31. August 1912**, zur **Öffentlichen Versammlung** im Kaiseraal des „Deutschen Kaisers“, Friedrich-Wilhelm-Strasse 35.

Thema: „**Einheitliches Angestelltenrecht.**“

Referent: **Dr. Heinz Potthoff.**

Beginn der Versammlung pünktlich 8 1/2 Uhr abends.
Eintritt frei Diskussion.
Bund der technisch-industriellen Beamten Ortsgruppe Breslau.

➔ Trebnitz. ➔

Achtung! Achtung!
Bürger, Arbeiter und Hausfrauen!

Sonntag, den 1. September, abends 7 Uhr, im „Kaiser-Friedrich-Garten“ (Inh. Rupprecht):

Große

öffentl. Versammlung.

Tagesordnung:
1. Warenhäuser, Ratschabazare, Konsum-Vereine und wer vernichtet den Mittelstand?
2. Diskussion.

Die Versammlung hat den Zweck, die Konsumenten über die wahren Ziele der Konsumvereine aufzuklären, weshalb Massenbesuch erwartet wird. — Freie Aussprache wird jedermann zugesichert.
Die Einberufer.

Das Volksfest im Letzten Keller

beranstaltet vom **I. Unterbezirk des deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes**

findet bestimmt am **Sonntag, den 1. September**

statt. Alle zum 25. August gelösten Programme behalten ihre Gültigkeit.

Liebig's Etablissement
Heute Freitag:
Zwölfter rauchfreier Abend!
„**Es tut sich was.**“
Grande Ausstattungs-Revue in 3 Akten von Henry Bender.
Anfang 8 Uhr. 1864
Im Garten: **Militär-Konzert.**

Zeltgarten
Dir.: L. Romanl. — Tel. 2077.
12
erklärte Spezialitäten.
Vorzügliche Küche.
Entree 30 Pfg.
1858 Anfang 8 Uhr.

Viktoria-Theater
Nur bis 31. August, Gastspiel:
„**Folies Caprice**“ 1870
Anfang 8 Uhr. — Von 7—8:
Konzert im Garten. Bons gütig.
Sonntag, den 1. September:
Beginn der Winter-Saison.
Mittags von 11 bis 1 1/2 Matiné.

Palmengarten
Täglich: 1852
Freikonzert.

Arbeiter-Radfahrer-Verein
Breslau. 1890

Ausfahrten im September.
Den 1.: Silberberg, Abfahrt per Stat
Sonnabend, den 31. August, abends 7 Uhr,
Lampfenplatz; per Bahn, Sonntag, den
1. Septemb., früh 5.10 Puchberger Bahnh.
Den 1.: Grotte, Abfahrt nachm.
2 Uhr Lampfenplatz.
Den 2.: Dechitz, Abfahrt nachmitt.
1 Uhr Lampfenplatz.
Den 15.: Schönan (Plamenzentrum),
Abfahrt früh 7 Uhr Lampfenplatz.
Den 22.: Schönan, Abfahrt nachm.
2 Uhr Lampfenplatz.
Den 29.: Waldmühle, Abfahrt früh
8 Uhr Lampfenplatz.

Schürzen-Tage.

Eine
Sensation
für
Breslau

Am Montag, den 2. September, früh 8 Uhr, beginnen meine, an
Überraschungen reichen, von vielen Seiten bereits erwarteten und
sehr beliebten Schürzen-Tage. Hat der Erfolg meiner früheren
Schürzen-Tage gezeigt, daß ich stets enorme Vorteile geboten, so
sollen meine jetzigen Schürzen-Tage die bisherigen Veranstaltungen
an Bedeutung noch überflügeln.

Ich bin diesmal in der Lage
noch erheblich mehr zu leisten.

Auf gute erklaffige Qualität habe ich in gewohnter Weise den aller-
größten Wert gelegt und kann ich mit voller Überzeugung behaupten,
daß meine Schürzen-Tage die glänzendste Einkaufsgelegenheit sind.

Ausführliches Angebot erfolgt Sonntag.

Modekaufhaus **M. Schneider** Neue
Schweidnitzerstr. 1

Ein Lehrling
gegen monatliche Vergütung sofort gesucht.
Hut-Kaiser, Neue Graupenstr. 10.

Zur jetzigen Saison empfehle ich mein großes Lager von
Schuhwaren
in Herren-, Damen- u. Kinderschuhen
zu staunend billigen Preisen.
Martha Christmann, Geschäftsführerin.
Auguste Koch.
36 Scheitnigerstraße 36
Bitte genau auf Firma zu achten.

Paul Kasowsky, Gutmachermstr.
Mehlgasse 39/40. 155-
Filzhüte, Zylinderhüte, Strohhüte, Mützen
in bekannt guter Qualität zu billigsten Preisen.
Annahme von Reparaturen. Zylinderhüte werden vertieft.

Haus- u. Küchengeräte sowie kompl.
Einrichtungen, Werkzeuge für Maurer,
Zimmerer und Tischler
kaufen Sie reell und billig bei
Paul Hanschild jr.,
Eisenwarenhändler,
103 Friedrich-Wilhelmstrasse 103.

Laufmädchen
gesucht
Orgler, Schweidnitzerstr. 43a.

Erfinder!
Wer eine Idee hat, die eine gemein-
liche Ausbeutung gestattet, sende sofort
Karte. Broschüre mit Freiauschriften
für gute Ideen gratis u. franco. Offerten
unt. V. 921 an **Hassonstein & Vogler**
A.-G., Mannheim. 1835

Stung! Streik-brecher
suchen wir keine, dafür aber an
allen Orten, für alle Fabrikten,
Brotfabriken, Druckereien, Berg-
werke u. tüchtige Arbeiter als
Verstreuter, die sich einen großen
und dauernden Nebenverdienst
sichern oder eine glänzende leib-
liche Existenz gründen wollen.
Es handelt sich um eine von
Genossen hergestellte, gänzlich
konturlos, geschäftlich gesch.
Massen-Konsum-Sache. Sofortige
Anmeldungen erbiten.
Auto-Modif.-Fabrik
Karl Thieme, Altenburg S.

H O S E N

In enormer
Auswahl
Ser. I M. 250
Ser. II „ 350
Ser. III „ 450
Ser. IV „ 550

Herm. Friedländer Inhaber: **Albrechtstr. 11** Eingang auch
Siegfried Benjamin **Magdaleneplatz.**

Ein grosser Zughun
zu verkaufen.
Näheres in der Exped. der Volksstimme.
Frühe Lebern 5 Pfg., Rechten
Nehräden, Rehbühner, junge Zän
und Geflügel empfehle
Hein, Wildhandlung
Viktoriastrasse 112.

Adolf Schröter
Möbel- und Aus-
stattungs-Kauf-
haus

steht — wie hier ersichtlich — mitten

im Umzug. Die neu bezogenen, bedeutend
vergrösserten Verkaufs- und Aus-
stellungsräume Gartenstr. 49
(neben Liebig) werden in
einigen Tagen eröffnet

warten Sie daher

noch bitte mit
Ihrem Einkauf.

Die Eröffnung bringt Überraschungen.

Störes
Gardinen
kauft man ein
vorteilhaft bei
Julius Fein
vis-à-vis Kissling
Junkerstr. 14

Anzüge gute Stoffe
von 15 Mk.
Heberzieher, Hosen, Bettbezüge
verf. Reihamt, Altbühnerstr. 17.

Trauring
Alter
Kupferschmiedestr. 17
Ecke Schmiedebrücke.

Anzüge nur
9 Mk.
Nach Maß, elegant 17 Mk. 79
Anzugfabrik, Weißstr. 17a.

Filzhüte
umpressen, sowie modernisieren
nach neuesten Formen, reinige
schnell und billigst
Max Strumpf
jetzt Reußen-Ohle 6.

Die 10 Gebote u. die besitzenden Klasse
von Hoffmann — 80 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Donnerstag, den 31. August 1912.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. August.

Esle tut not!

Wer diese Zeilen liest und die Stadtvorordneten-Wählerliste noch nicht eingesehen hat, der mache sich sofort auf den Weg ins Distriktsbüro Zwingerstraße 14. Heute abend um 8 Uhr wird die Wählerliste geschlossen. Wahlberechtigte, die bis dahin die Liste nicht eingesehen, laufen Gefahr, ihr Wahlrecht zu verlieren. Morgen und die folgenden Tage kann die Wählerliste nicht mehr eingesehen werden. Also Esle tut not.

Die Versicherung der Angestellten.

In den Kreisen der hiesigen Angestellten herrschen noch vielfach Zweifel darüber, wer von ihnen nach dem Versicherungsgezet für Angestellte versicherungspflichtig ist. Wir veröffentlichen deshalb eine kurze Anleitung über den Kreis der Versicherungspflichtigen, die das Reichsversicherungsamt in Berlin herausgegeben hat. Diese Anleitung ist besonders folgendes zu beachten:

1. Das Versicherungsgezet für Angestellte erstreckt sich nur auf Angestellte, d. h. solche Personen, welche weder zu der handarbeitenden Bevölkerung noch zu den Unternehmern gehören. Der Umstand, daß der Angestellte nach der Reichsversicherungsordnung versicherungspflichtig ist, besetzt ihn nicht.
2. Versicherungspflichtig sind alle Angestellten, die im deutschen Reich beschäftigt werden, gleichviel ob sie männlichen oder weiblichen Geschlechts, verheiratet, verwitwet oder ledig, Inländer oder Ausländer sind. Deutsche Schutzgebiete gelten hierbei als Ausland. Eine im Ausland haltende Tätigkeit kann als Teil, Zubehör, Fortsetzung oder Ausstrahlung eines inländischen Betriebes versicherungspflichtig sein, zum Beispiel die Arbeit auf einer im Ausland belegenen Grenzstation eines inländischen Eisenbahnunternehmens, Herstellung von Bauten im Ausland von einem inländischen Betrieb aus mit dazu angefaßten Arbeitskräften.
3. Ein Angestelltenverhältnis liegt nicht vor, wenn mehrere Personen sich gemeinsam bei demselben Unternehmen betätigen, ohne daß einer zu dem anderen oder einem der anderen in einem Abhängigkeitsverhältnis steht.
4. Alter. Der Versicherungszwang beginnt mit dem ersten Tage des 17. Lebensjahres. Personen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, werden nicht mehr neu in die Versicherung aufgenommen.
5. Berufsfähigkeit. Eine Person, deren Arbeitsfähigkeit infolge körperlicher Gebrechen oder infolge Schwäche ihrer körperlichen und geistigen Kräfte auf weniger als die Hälfte derjenigen eines körperlich und geistig gesunden Versicherten von ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist, gilt als berufs unfähig und ist von der Angestelltenversicherung ausgeschlossen.
6. Entgelt. Die Tätigkeit muß gegen Entgelt erfolgen. Sachbezüge gelten auch als Entgelt. Auch solche Angestellte, die einen Jahresarbeitsverdienst von weniger als 2000 Mark haben, sind versicherungspflichtig, dagegen nicht Angestellte mit mehr als 5000 Mark Jahresarbeitsverdienst.
7. Versicherungspflichtige. Einen gewissen Umfang bieten Steuerzeitel und Quittungskarte. Im übrigen ist zu bemerken:
a) Angestellte in leitender Stellung sind Personen, die nach der Art ihrer Stellung nicht zu ausführender, sondern zu selbständiger Tätigkeit berufen sind, also z. B. die Betriebsdirektoren in Industrie und Bergbau, die Leiter kaufmännischer Betriebe, die Verwalter größerer Landgüter.
Diese Personen sind versichert, wenn die Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet. Ob eine Beschäftigung im Haupt- oder Nebenberuf ausgeübt wird, be-

stimmt sich bei mehreren Erwerbstätigkeiten nach dem Verhältnis der auf sie verwendeten Arbeitszeit und des dafür gewährten Entgelts.
b) Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung — nämlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet (vergl. Ziff. 7a). Hierunter sind im Gegensatz zu den Arbeitern



Achtung!

Kart-Abgelegte! Parteivorstands-Mitglieder! Distriktsführer!

Heute Freitag abend 8 Uhr in den Union-Festsälen, Reuschestraße

Gemeinsame Sitzung.

Einiger Punkt der Tagesordnung:

Was geschieht gegen die Fleischtenernung?

Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder zu der außerordentlichen Sitzung ist dringend notwendig.

Montag abend

8 Protest-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

„Bergarbeiter“, Kleinschmiedstraße 33.

„Deutsche Krone“, Weinstraße 53/55.

„Pfundst“, Uferstraße 48.

„Goldener Zepher“, Klosterstraße 47.

„Deutscher“, Hubenstraße 50.

„Wilhelmsburg“, Neuborsstraße 54.

„Wilde“, Gräbchenstraße 74.

„Kronprinz“, Westenstraße 50/52.

Gewerkschaftler, Parteigenossen und Genossinnen! Sorgt für Massenbesuch!



Gehilfen, Gesellen, Lehrlingen und Dienstboten alle diejenigen Angestellten in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, in privaten und öffentlichen Verwaltungen und im Haushalt begreifen, deren Tätigkeit nicht hauptsächlich auf körperlicher Arbeit beruht. Es fallen also auch Personen darunter in einer über das Maß der Betriebsbeamten und Werkmeister hinaus gehobenen Stellung, insbesondere auch Angestellte mit Hochschulbildung. In welche Klasse der Angestellten, ob unter die Betriebsbeamten, Werkmeister oder anderen Angestellten im Zweifelsfalle die einzelne Person zu bringen ist, darauf wird weniger Gewicht zu legen sein. Es kommt hauptsächlich darauf an, daß nicht Personen, welche der handarbeitenden Bevölkerung angehören, der Versicherungspflicht nach dem Versicherungsgezet für Angestellte unterworfen werden. Hierauf ist daher besonders zu achten und in Zweifelsfällen durch Befragung festzustellen, was der Betreffende seiner Meinung nach ist und welche hauptsächlichsten Arbeiten er in seinem Beruf ausführen hat. Es empfiehlt sich auch, von größeren Firmen Listen ihrer nach ihrer Ansicht versicherungspflichtigen Angestellten zu erbitten.

c) Bureauangestellte fallen, vorausgesetzt, daß die Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet (vergl. Ziff. 7a), unter das Versicherungsgezet für Angestellte, wenn sie nicht mit niederen oder lediglich mechanischen Tätigkeiten beschäftigt werden. Ausgeschlossen sind also auch hier diejenigen, die hauptsächlich handarbeitend berufen sind, wie Buchhalter, ferner Personen, die lediglich abschreiben, selb. mit der Hand oder der Maschine. Versicherungspflichtig sind dagegen insbesondere Personen, die in Rechtsanwaltsbüros Schriftsätze anfertigen und Kostenrechnungen aufstellen. Die Art der Tätigkeit der Bureauangestellten ist durch Befragung genau festzustellen.

d) Handlungsgehilfen und Gehilfen in Apotheken. Als Handlungsgehilfen gelten nur die in einem Handelsgewerbe zur Leistung kaufmännischer Dienste angestellten Personen.

e) Bühnen- und Orchestermitglieder. Ein Schauspieler, Artist oder Musiker ist versicherungspflichtig, wenn er Mitglied einer Bühne oder eines Orchesters ist. Wenn dies der Fall ist, muß nach der Lage des einzelnen Falles beurteilt werden. Voraussetzung ist jedenfalls, daß sich die Schauspieler, Artisten und Musiker einem Dirigenten oder sonstigen Unternehmer derart unterordnen, daß sie als abhängig, nicht als Mitunternehmer anzusehen sind.

Schauspieler, Artisten oder Musiker, die nicht Bühnen- oder Orchestermitglieder sind, können gleichwohl Angestellte des Inhabers eines Lokals sein. In diesem Falle sind sie versicherungspflichtig nach Ziff. 7b.

f) Lehrer und Erzieher. Ihre Tätigkeit richtet sich auf die geistige Entwicklung auf dem Gebiete der höheren und elementaren Wissenschaften und der höchsten Künste, sowie auf die Bildung des Charakters und Gemüts. Dabin gehört auch die Unterweisung in körperlichen Übungen und Fertigkeiten, soweit sie dem Erzieher als Nebenberuf dient.

Zur Beibringung gehört nicht der vom Erziehungs- oder Lehrgelöhne und Abgeltung nach gewerblichen Gesichtspunkten betriebene Unterricht in körperlichen und mechanischen Fertigkeiten, wie er in Reits- und Schwimmanstalten, Fahrradanstalten, von Fecht- und Tanzlehrern oder Schneiderinnen erteilt wird. Personen, welche solchen Unterricht in abhängiger Stellung erteilen, sind Gewerbegehilfen. In besonderen Fällen können sie „andere Angestellte“ (Ziff. 7b) sein.

Lehrer und Erzieher gelten auch dann als versicherungspflichtig, wenn sie nicht in einer Schulanstalt unterrichten oder als Lehrer sind, sondern aus dem Stundengehen bei wahlweisen Infrageberufen ein Gewerbe machen, indem sie in die Häuser gehen oder in der eigenen Wohnung den Unterricht erteilen.

Lehrer und Erzieher, die Inhaber einer Lehranstalt sind, unterliegen der Versicherung nicht.

g) Aus der Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge und aus der Besatzung von Fahrzeugen der Binnenfahrt sind versicherungspflichtig: Kapitäne, Offiziere des Deck- und Maschinendienstes, Verwalter und Verwaltungsassistenten sowie die in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung befindlichen Angestellten ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung, nämlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet.

Als deutsches Seefahrzeug gilt jedes Fahrzeug, das unter deutscher Flagge fährt und ausschließlich oder vorwiegend zur Seefahrt benutzt wird.

Im Anschluß daran machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß sich alle versicherungspflichtigen Angestellten von Sonnabend, den 31. August, an eine Versicherungskarte besorgen müssen. Diese Karte erhalten sie in der Steuerzahlstelle, in deren Bezirk sie beschäftigt sind, von 5 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends. Als Ausweis in der Steuerzahlstelle dient die Steuerkarte oder die Invalidentkarte.

Also, Ihr Angestellten alle, verschafft Euch so bald wie möglich eine Versicherungskarte; wer sie nicht hat, darf später an der Wahl der Vertrauensmänner nicht teilnehmen.

Wissenschaft.

Konservierung des Fleisches durch Verrottung.

Der bekannte französische Erfinder Charles Teller, der die moderne Kälte-Industrie begründet hat, dabei freilich, wie so mancher andere Erfinder, arm blieb, während er anderen Millionen den besten die ermdächtige, bietet jetzt als Dreißig- und vierzigjähriger eine neue Erfindung, die seine früheren vervollständigt. Er hat, wie wir der „Wdt. Volksztg.“ entnehmen, eine neue Konservierungsmethode erfunden, die für die Fleischfabrikation von der allergrößten Bedeutung zu sein scheint. Sie beruht auf partieller Verrottung. Die Grundidee ist ja nicht neu; seit uralter Zeit trocknet der Chitone das Fleisch in der Sonne (Charqui) und der Fischer seine Fische auf dem Strand. Tellers Verdienst ist es aber, diese Verrottung nicht von Wind und Sonne, sondern von einem ganz eigenartig konstruierten Apparat besorgen zu lassen. Das ganze Verfahren ist das denkbar einfachste. Das frisch geschlachtete Fleisch gelangt in Autoklaven (Apparate zum Dünsten und gleichzeitigen Sterilisieren, z. B. von Konservendbüchsen), wo vermittelst Pumpen ein luftleerer Raum geschaffen wird, um die in den tierischen Geweben befindliche Luft zu entfernen und für die weitere Zuberichtung die Fleischporen zu öffnen. Nach ungefähr einer halben Stunde leitet man Sauerstoff und Ozon in den Apparat, um die an der Oberfläche befindlichen Keime zu töten. Alsdann wird der Atmosphärendruck wiederhergestellt, sodas nun die Gase in das Fleisch eindringen und alle Bakterien zerstören. Hierauf wird abermals eine Luftleere erzeugt, die gegebenenfalls durch Einführung von Kohlendioxid noch gesteigert wird. Die Reste der Kohlendioxid werden dann durch Verflucht absoziiert. Nach etwa zwanzig Stunden ist die ganze Präparation des Fleisches beendet. Um dieses hat sich eine mächtig braune Kruste gebildet, die das Innere von der Luft vollständig abschließt und somit jede Verunreinigung von außen unmöglich macht. Die Oberfläche des Fleisches hat sich zu einer dichten, fugenlosen, widerstandsfähigen Leberschicht kondensiert. In dieser Gestalt kann das Fleisch monatelang aufbewahrt werden; auch bei der höchsten Temperatur bleibt es ohne jegliche Spur von Säure. Das städtische chemische Untersuchungsamt von Paris prüfte in monatelangen Analysen die unter feiner Aufsicht präparierten Fleischteile und gelangte zu den günstigsten Resultaten. Das am 26. Juli 1911 geschlachtete Fleisch wurde nach der Tellerschen Methode präpariert in freier Luft den heißesten Temperaturen ausgesetzt und nach mehr als zwei Monaten, am 2. Oktober, aufgeschnitten. Das Innere war rot, ohne irgendwelche Lokale Flecken, die auf Säure

hinweisen könnten. Der Geruch war schwach, angenehm und ganz ähnlich dem des frischen Fleisches. Der Geschmack war ebenfalls vorzüglich. (Amtlicher Bericht.) Es liegen schon viele Entwürfe bedeutender Forscher vor, die alle auf die wunderbare Konservierung der ihnen zur Verfügung übergebenen Fleischstücke hinweisen. In den verschiedensten Städten Frankreichs (Ville, Boulogne, Saint-Omer, Montpelier, Rouen usw.) wurde bereits unter den Augen des Publikums das Fleisch zubereitet, mehrere Monate öffentlich ausgestellt und dann zu kosten gegeben. Der Erfolg war überraschend gut. Die Folgen dieser neuen Erfindung sind französischen Forschern lassen sich, wie gesagt, noch gar nicht ermessen. Selbstverständlich wird in Zukunft die von ihm erfundene stichmethode weiterhin bestehen und sich noch mehr ausbreiten. Aber durch die Vereinfachung des Konservierungsverfahrens wird die Verbilligung des Fleisches, die in Europa zu einer Lebensfrage geworden ist, herbeigeführt werden können. Die Tellersche Methode ist besonders bedeutsam für das Meer, das auf die einfachste und billigste Weise mit vorzüglichem Fleische versorgt werden kann. Selbstverständlich kann das Verfahren auch auf andere organische Stoffe angewendet werden; besonders werden den großen Fischereien (?) dadurch erhebliche Erleichterungen erwachsen. — Diesmal scheint dem Erfinder die letzte Enttäufung erspart zu bleiben. Eine große englische Gesellschaft ist bereits gegründet, um die Tellersche Idee auf industriellem Gebiete zu verwirklichen.

Ernährung durch Elektrizität? Aus Paris wird berichtet: Die Elektrotherapie, die schon so viele Wunder geleistet hat und namentlich bei der Behandlung der Arterio-sklerose fast regelmäßig angewendet wird, soll nach den neuesten Forschungen des Professors Vergonite in Bordeaux, eines sehr geschätzten, erst in zunehmenden Gelehrten, nun auch dazu dienen, die normale Ernährung bei solchen Kranken zu ersetzen, deren Verdauungssystem aus irgend einem Grunde gelähmt ist. Ein Hauptzweck der Ernährung ist bekanntlich die Erhaltung der Körperwärme. Prof. Vergonite versichert nun, daß er in zahlreichen Fällen diese Körperwärme durch elektrische Ströme in ebenso wirksamer Weise herbeigeführt habe. Bei Überanstrengung und Mangel an Nahrung haben diese Ströme die allgemeine Abspannung und die Unlust zum Essen aufgehoben. Vergonite behauptet sogar, daß er in einigen Fällen eine Zunahme des Körpergewichts konstatieren habe, die nur auf diese Elektrotherapie zurückzuführen sei. Endlich malte er sogar in einem Vortrag auf dem allgemeinen wissenschaftlichen Kongress in Nimes und in einem Artikel des „Paris-Matin“ das Zukunftsbild aus, daß die Elektrizität selbst beim normalen Menschen einen Teil der Wärmezufuhr besorgen werde, damit die Nahrung mehr als sonst der Gehirn- und

der Muskelaktivität zugute komme. Vergonite hat sich freilich durch diese Abhängigkeit eine ziemlich scharfe Abfertigung durch den bedeutendsten Pariser Elektrotherapeuten Dr. Routier zugezogen. Vom „Matin“ um seine Meinung befragt, erklärte er, daß an eine Erzeugung der Nahrungsmittel durch die Elektrizität niemals zu denken sei. Andererseits sei es schon lange bekannt, daß man einen allzu kalten Körper elektrisch erwärmen und ihm in der Form der Wärme eine gewisse Quantität von Energie zuführen könne. Jedermann wisse, daß man im Sommer weniger zu essen brauche als im Winter und insofern sei es auch möglich, durch elektrische Erwärmung eine mangelhafte Ernährung wenigstens zeitweilig zu ersetzen, aber von einer wirklichen Ernährung durch die Elektrizität sei man noch weit entfernt. Man wird jedenfalls noch die genaueren wissenschaftlichen Arbeiten Vergonites abwarten müssen, bevor man von einer sensationellen Entdeckung auf dem Gebiete der Elektrotherapie sprechen kann.

Literatur.

In Freien Stunden: Eine Wochenchrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche ein Heft zum Preise von 10 Pf. Gegenwärtig gelangen die beiden berühmten Romane „Ivanhoe“ von Walter Scott und „Das Weib der Waise“ von Clara Wiebig zum Abdruck, die beide den Verkauf der großen Lesergemeinde der Freien Stunden finden. Wer die Zeitschrift „In Freien Stunden“ noch nicht kennt, bestelle vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. Berlin SW. 68, kostenlose Ubersendung einer Probenummer. Abonnementbestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Expeditionen und Postreure entgegen.

Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der beiden erschienenen Nr. 18 des vierten Jahrgangs: Neben wie hervor? Die der Bundesrat die Geschichte des Großkapitals zum Schaden der Arbeiterjugend besorgt. Von Gustav Koch. — Jugend-erinnerungen eines Arbeiters. Von Albert Rudolph. — Knappes Wahrheiten. — Ein Jahr der Arbeit und des Fortschritts. — Neubauteinheitslicher Vögel (mit Abbildungen). Von Jürgen Brand. — Beibringe in der gewerblichen Rechtspflege. — Aus der Jugendbewegung (Niederhain, Damburg-Altona, Ostha). — Die Gegner an der Arbeit. — Zur wirtschaftlichen Lage usw. — Die Zeitschrift: Der Leuchtturm von Stube-naes. Erzählung von Karl Hans Strobl. — Das Nibelungenlied. Von Otto Koenig. — Die Spanier in Peru (mit Abbildungen). Von A. Corradini. — Ein Sinteramp. Von B. Lessen. — Mehr als die Sonne. Gedicht von S. Raff. — Wissensmeeres von der Sprache. — Goldene Worte. — Der brennende Apfelbaum. Erzählung von Walter Parlan.

In's Gefängnis mit den Terroristen!

Kraft jeder Tag bringt Verurteilungen der organisierten Arbeiter, die der "Ehre" der lieben Arbeitswilligen zu nahe getreten sind. Auf Geldstrafen wird meistens nicht erkannt; es müssen empfindliche Freiheitsstrafen eintreten, weil der Arbeitswillige eines energischen Schutzes bedarf."

Der Maurergeselle August Fischer aus Kulegany, Kreis Breslau, wurde wegen angeblicher Mordtatsache des Maurers Paul Schenk vom Schöffengericht zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Die "Mordtatsache" soll sich am 15. April 1912 auf der Chaussee zwischen Tinz und Wallern ereignet haben. Schenk war im Begriff, zur Arbeitsstelle zu fahren; er wurde bei der damals für organisierte Arbeiter gesperrten Baufirma K. H. D. in Domschau. Fischer folgte den Arbeitswilligen beim Auto und veranlaßte ihn zum Absteigen vom Auto. Nachdem dies geschehen war, ergriff er den Mordtatsache, er möge sich doch dem Verbands angeschlossen und die gesperrte Baustelle meiden. Damit erklärte sich Schenk auch einverstanden. Wie ruhig und zuvorkommend Fischer mit Schenk verhandelte, geht am besten daraus hervor, daß der Angeklagte dem Arbeitswilligen auf seine Bitte einen kleinen Geldbetrag von 10 Mark, weil er angeblich seinen Vorrat bei sich zu haben. Es muß auch hervorgehoben werden, daß sich die beiden schon lange kannten und duzten. Gemüthlich plaudernd gingen sie dann nach Grünhübel, wo sich Schenk in die Mitgliederliste des Bauarbeiterverbandes eintragen ließ. Schon nach zwei Tagen jedoch legte er der Organisation den Rücken, um seinen Erklärungen entgegen, wieder bei K. H. D. zu arbeiten. Auf Verreiben der gesperrten Baufirma wurde Fischer wegen des harmlosen Vorganges auf der Chaussee an Schenk und zu der harten Strafe von zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Vor der ersten Breslauer Ferienstrafkammer, die sich am Donnerstag mit der vom Angeklagten eingelegten Berufung beschäftigte, führte Rechtsanwalt Wandmann als Verteidiger aus, daß ein Fall gar nicht milder und harmloser sein kann, als der zur Verurteilung gelangte. Es ist richtig, der Angeklagte hat den Arbeitswilligen leicht am Armel gefaßt, um ihn zu veranlassen, vom Auto abzuspringen. Aber ist das schon eine strafbare Mordtatsache? Davon könnte man doch nur sprechen, wenn der Angeklagte irgendwie bedrohlich oder gewalttätig den Mann angefaßt hätte. Daß Fischer dann den Arbeitswilligen zum Besten in den Verband aufzufordern hat und ihn ersuchte, nicht mehr bei K. H. D. zu arbeiten, war ein gutes Recht, das ihm niemand streitig machen dürfte. Wenn das strafbar sein soll, so ist den Verbänden ihre Verantwortlichkeit einfach unterbunden. Keine gesetzliche Bestimmung verbietet dem Arbeiter, seinen Arbeitswilligen zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß aufzufordern. Der Angeklagte konnte gar nicht ruhiger und vorsichtiger handeln, als es in der Tat geschehen ist. Der Bauarbeiter Josef Schöte aus Krotzow, der kein Gespräch auf der Chaussee vom Anfang bis zum Ende zugegen war, befand sich endlich, daß sein böses Wort gefallen ist. Da, sogar der als Zeuge geführte Arbeitswillige konnte auch nur behaupten, daß Fischer irgendwelche Gewalt oder einen ungeschicklichen Druck auf ihn nicht ausgeübt hat. Trotzdem belief es die Kammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Mundern bei vierzehn Tagen Gefängnis mit der üblichen Urteilsbegründung: "Den Terroristen muß das Ungeheuerliche ihres Handelns empfindlich gemacht werden."

Auch die von dem Maurer Josef Erbe aus K. H. D. eingelegte Berufung verwarf die erste Strafkammer. Das Schöffengericht hatte ihn zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er am 23. April 1912 auf einem Feldwege zwischen Hungen und Madonitz den Maurer Gustav K. H. D. genötigt haben soll, der damals auch bei der gesperrten Baufirma K. H. D. in Domschau arbeitete. Er wollte auf seinem Auto zur Arbeitsstelle fahren. Als er den Angeklagten, den er schon seit Jahren gut kannte, auf dem Wege stehen sah, ließ er selbst vom Auto. Erbe hat ihn in angemessener Form, bei K. H. D. nicht mehr weiter zu arbeiten. Das war alles, was sich auf dem Feldwege zugetragen hat. Rechtsanwalt Wandmann wies vor dem Berufungsgericht darauf hin, daß der Fall auch hier insofern äußerst milde liegt, weil der Angeklagte nicht ein bedrohliches Wort über seine Lippen gebracht hat. Erbe mußte selbst bekunden, daß sich Erbe sehr ruhig benommen hat. Die Berufung wurde verworfen. Die Strafkammer sah in dem Verhalten des Angeklagten eine "Einwirkungsleistung der persönlichen Freiheit" des Arbeitswilligen zum Absteigen vom Auto habe der Angeklagte. "Der Arbeitswillige genötigt", und deshalb sei die vom Vorsitzenden erkannte Gefängnisstrafe als angemessen und ausreichend zu erachten.

Nur immer so weiter; das kann nur zur Folge haben, daß die organisierten Arbeiter um so besser ihre gute und gerechte Sache verteidigen. Schließlich wird es ihnen auch gelingen, alle heut noch Arbeitswilligen von der Verantwortlichkeit ihres Treibens zu überzeugen.

Eine Befichtigung des Städtischen Säuglingsheims

durch unsere politisch organisierten Frauen aus mehreren Stadtvierteln, zu der sich etwa 50 Genossinnen eingefunden hatten, fand am Donnerstag nachmittags statt. Der Oberarzt, Herr Dr. Walter Freund, hatte in bereitwilliger Weise die Führung übernommen und erläuterte zunächst in der Poliklinik den Zweck und die Aufgaben des Heims, den gesundheitlich gefährdeten Kindern, die der Armenfürsorge unterliegen, aber auch anderen Säuglingen gegen ein geringes Entgelt Unterkunft, Schutz, sachgemäße Pflege und ärztliche Behandlung zu geben, bis sie soweit gekräftigt sind, daß sie in Hauspflege genommen werden können. Wie groß das Bedürfnis nach einer solchen Anstalt war, beweist, daß die Höchstbelegungsziffer von 130 Säuglingen schon ein Vierteljahr nach der Eröffnung erreicht war und daß schon 1400 der hilflosen Kleinen dort Aufnahme fanden.

An diese Erläuterung schloß sich ein Rundgang durch die Räume, in denen die Säuglinge untergebracht sind und in denen sie ärztlich behandelt werden. Die praktischen und hygienisch aufs peinlichste ausgestatteten Babevorrichtungen und Wäscheverpackung erregten das lebhafteste Interesse der Frauen, nicht minder allerdings die Objekte der Anstalt selbst, die Säuglinge, die mit ihren kleinen Köpfchen aus den zahlreichen, blüh-sauberen, weissen Betten verträumt auf den Besuch herauslugten. In einem besonders erweiterten Raum, der abgegeschlossen von den übrigen, die Stelle der früheren Kinderkrabbelstühle vertritt, widmen die Mütter ihre Kunst den frühgeborenen Kindern und ein einmütiger Ausruf des Entzückens entquoll den Besuchern, als sie die unglaublich kleinen Geschöpfe, die mit reichlich 2 Pfund bis 3 Pfund Gewicht das Licht der Welt erblickten, sorgsam eingehüllt und sauber eingeliebt in der Hand des Arztes erblickten. In einem anderen Flügel der Anstalt sind die Kleinen zugleich mit einer Anzahl Mütter untergebracht, die der Anstalt Ammendienste leisten und dafür ihr Kind und sich selbst verpflegt wissen und noch einen Lohn von 12-18 Mk. im Monat empfangen.

Den Schluß der Befichtigung bildete ein Besuch der Wirtschafstische, der Kochanstalt für Kindermilch und schließlich der großen Waschanlage, der die Aufgabe zufällt, die nicht geringe Quantität von schmutzigen Wäsche jeden Tag zu säubern. Das geschieht übrigens in einer Weise, daß man nirgends eine Spur von Geruch wahrnehmen konnte.

Mit Dankworten an Herrn Dr. Freund verabschiedeten sich die Frauen. Wenn man aus den hellen, leichten, reinlichen Räumen heraus zwischen die ärmlichen Proletarierhäuser von Breslau tritt, dann dünkt man dem Besucher eine leise Ahnung

davon, wie anders es in einer Gesellschaft sein wird, in der die Gesamtheit die soziale Pflicht fühlt, für das Wohlergehen jedes einzelnen Mitgliedes zu sorgen. Ein kleiner Anfang ist hier gemacht, eine kurze Spanne ihres Lebens genießen diese Kleinen die Fürsorge der Allgemeinheit in musterhafter Vollkommenheit: wie viele von ihnen aber werden nie wieder im Leben die gleiche Liebe und Fürsorge erfahren?

* Die Krauzniederlegung am Grabe Ferdinand Lassalles ist nicht am Todestage (21. August), sondern Sonntag, den 1. September, vormittags 9 Uhr, auf dem jüdischen Friedhofe an der Lohsestraße.

* Der Breslauer Buchdrucker-Gesellen-Verein hielt am Mittwoch im Stadttheater "Tholke" eine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Kollegen K. H. D. über "Organisationsfragen und Menschen". Der Vortrag verbreitete sich über die kulturgeschichtliche Bedeutung der Organisationsfragen auf allen Gebieten des Lebens, dabei die Verantwortlichkeit betonend, die den Organisationen je nach ihrer Stellung im öffentlichen Leben erwachsen. Besonders eingehend befaßte er sich mit den Pflichten, die wir gegen einander und gegen unsere Organisation haben. Mehrere Vorschläge zum Besten für seine Lehren und Ausführungen. Anschließend hieran wurde der Vorsitzende auf die Arbeitslosigkeit ein, die dieses Jahr ganz besonders im Buchdruckerberuf herrschte. Sind doch allein in Breslau schon seit ungefähr acht Wochen von 900 Mitgliedern gegen 170, das sind fast 20 Prozent, arbeitslos oder krank. Neben dem überaus schlechten Geschäftsgange im allgemeinen ist dies besonders der erhöhten Einführung von Semestern zuzuschreiben. Auf die gegenwärtige Lage übergehend, bemerkte der Vorsitzende, daß auch diese unsere Geschäftsstelle ungünstig beeinflusst, wie ja überhaupt nicht nur der Arbeiter, sondern durch die verminderte Kaufkraft dieser der gesamte Handels- und Gewerbebetrieb leidet. Er erwähnte, daß selbst in Unternehmungskreisen schon auf die Gefahr der Teuerung für Handel und Industrie hingewiesen wurde und es bestehen ernste Besorgungen, daß, wenn diesen künstlichen Preiskämpfen nicht Einhalt geboten werden kann, sich zu der Teuerung noch eine allgemeine Krise gesellen dürfte. Deshalb hätten alle ohne Unterschied der Partei und des Standes, Mittel und Wege zu finden, wie dieser Teuerung abgeholfen werden kann. Nach Erläuterung einiger Vereinsangelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

* Die nächste Aufbefeuchtungsprüfung wird in Breslau am Donnerstag, den 10. Oktober, vormittags 8 Uhr, in der Werkstatt des Schmiedemeisters W. Hülfmann, Margaretenstraße 11, abgehalten. Schmelzer, die zur Prüfung zugelassen werden wollen, müssen das 19. Lebensjahr vollendet haben und sich mindestens die letzten drei Monate in Breslau schon seit ungefähr acht Wochen in der Werkstatt nach Breslau am Vestimplatz (Zimmer 26) mindestens vier Wochen vor der Prüfung unter Vorlegung dieser Nachweise, eines Lebenslaufes und vortrefflicher Einbindung von 10 Mark Prüfungsgebühren zu richten. Gleichzeitig ist die Erklärung abzugeben, daß sich der Meldende innerhalb der letzten sechs Monate nicht erfolglos einer Aufbefeuchtungsprüfung unterzogen und eine Fachausbildung bei einer Lehrschmiede oder Innung (Lehrkursus) nicht begonnen hat.

* Stadtkonkurrenz zur 50 Kilometer-Meisterschaft von Schlesien. Auf der Reimbahn in Breslau-Grünheide treffen am Sonntag, den 1. September, die Breslauer Fahrer W. H. D. und Buchmann in einem 50 Kilometer-Stadtkonkurrenz aufeinander, dessen Resultat für die am 15. September stattfindende 50 Kilometer-Meisterschaft von Schlesien von Bedeutung ist, da die beiden Ersten des Stadtkonkurrenz zur Meisterschaft zugelassen werden sollen. Außer diesen beiden Fahrern wird die schlesische Verusfahrmeisterschaft am 15. September noch Schenemann, Gnila und Thomas am Start sehen. Das Stadtkonkurrenz beginnt am nächsten Sonntag nachmittags 4 Uhr bei einem Eintrittsgeld von 20 Pfennigen. Zur weiteren Unterhaltung des Programms werden die Breslauer Fahrer nach Beendigung des Stadtkonkurrenz ein Prämienfahren über 10 Kilometer bestreiten.

* Aus dem Reservatenleben. Ein Reservat vom Infanterie-Regiment Nr. 51 in Breslau ging eines Abends nach 10 Uhr auf der Straße ohne Urlaub spazieren. Er wurde von einem sogenannten "alten Mann" gestoppt, der ihn aufforderte, in die Kaserne zu gehen. Als der Reservat im Zeit lag, kam der "alte Mann", der im zweiten Jahre dient, zu ihm mit den Worten: "Deine Nacht kommt der heilige Geist zu dir". Der Reservat war im besten Schlafe, als er plötzlich am Hals gepackt, festgehalten und mit Kopfschlägen und Besenstichen geprügelt wurde. Der so jäh aus dem Schlafe Erwachte will unter den aus der Stube rennenden Soldaten zwei Missetäter erkannt haben, die sich jetzt vor dem Kriegsgericht verantworten müssen. Der Kriegsgerichtsrat Dr. H. D. beantragte gegen jeden der drei Wochen Gefängnis. Das Kriegsgericht konnte sich jedoch nicht sicher von der Schuld der Angeklagten überzeugen und sprach die beiden Vaterlandsverteidiger frei.

* In der Bar. Der Inhaber des Cafe Rainz, Herr Brand, ist kein seltener Gast vor dem Gewerbegericht. Einmal und es die Kellner, die gegen ihn klagen, das andere Mal die Hausbesitzer, die Mädchen usw. In der Sitzung am 26. August klage eine Barndame, die von ihm einige ungenutzte Mark als Lohn und Provision forderte. Mit einem Termine ist eine Streiffrage gegen Herrn Brand nicht abgemacht; er glänzt erst durch Abwesenheit vor Gericht. Der Streitfall ist ein recht sonderbarer; er zeigt, wie man mit Kellnerinnen umgeht. Die Klägerin behauptete, sie sei gegen ein Monatslohn von 50 Mark und 5/10 vom Umsatz eingestellt worden. Zwei Monate sei sie in der Bar beschäftigt gewesen, habe aber im ganzen nur 100 Mark erhalten. Der Vertreter des Beklagten behauptete: "Die Klägerin sei gegen 50 Mark Gehalt und 5 Prozent auf Basis von 10 Prozent angestellt worden". Was heißt denn das auf Basis von 10 Prozent? fragte der Vorsitzende. Haben Sie denn das der Klägerin erklärt? "Ganz gewiß", erwiderte der Vertreter; die Barndame sollten 10 Prozent erhalten, wenn sie soviel umleihen, und 5 Prozent, wenn der Umsatz klein ist. Das mußten die Damen schon. "Ich weiß es nicht", bemerkte die Klägerin; mir ist nichts darüber gesagt worden. "Ich war der Meinung, ich bekomme 50 Mark und 5 Prozent." Das Mädchen hat in den zwei Monaten 1440 Mark an Wein umgelegt, demnach 144 Mark erhalten müssen. Der Vertreter gab aber an, die Beche eines Gastes sei der Klägerin nicht angerechnet worden, weil sie von dem Gaste 100 Mark Trinkgeld erhalten hatte. "So, nicht angerechnet; der Gast hat mehrere Taae hindurch weiter nichts als Champagner getrunken, die Flasche zu 20 Mark. Da hat Herr Brand ein gar gutes Geschäft gemacht und kann schon Provision zahlen. Umsonst betrinke ich mich nicht und die Trinkgelder gehen den Chef ganz nichts an". Das erwiderte die Barndame. Das Gewerbegericht legte dem Beklagten einen Eid auf; er sollte bekennen, daß die Klägerin nur auf Provision angestellt war. Der Vertreter zog es vor, sich zu vergleichen. Der Vergleich kam zustande auf der "Basis", daß der Klägerin sofort 50 Mark ausbezahlt wurden.

* Der Quartett-Gesangsverein "Liederhort" hält das am 25. August wegen ungünstiger Witterung ausgefallene Gartenfest im "Vergessler" Sonntag, den 1. September, ab. Programme, die abgerissen worden sind, behalten ihre Gültigkeit. Näheres siehe Inserat.

Aus dem Landkreis.

Der landwirtschaftliche Unterricht für Esbaten, der von agrarischer Seite verlangt und betrieben wird, um den jungen Leuten die "Liebe zur heimatischen Scholle" beizubringen

scheint nichts zu nützen. Der Jahresbericht der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden stellt wiederum den unbefriedigenden Erfolg der Unterrichtskurse für Soldaten fest. Die im Winter 1911 bis 1912 im Kammerbezirk mit dem Soldatenunterricht gemachten Erfahrungen seien nicht dazu geeignet, das in den Berichten der beiden Vorjahre ausgesprochene Urteil über die Einrichtung des landwirtschaftlichen Soldatenunterrichts abzuändern. Die Kammer meint, zum Teil müsse das ungünstige Ergebnis auch auf die große Zahl der an einem Kursus beteiligten Verlonen zurückzuführen werden. Das kann schon sein; vielleicht taugen auch die Lehrer nichts. Was aber die Hauptsache ist, die Soldaten vom Lande denken meistens gar nicht daran, nach ihrer Dienstzeit in die alte Knechtschaft zum Gutsherrn zurückzukehren. Und wenn ein Lehrer mit Engelszungen predigte, er würde das nicht erreichen.

* Vom Erntefest der Armen. Zur Zeit der Ernte, wenn die Garben und die Nachrede vom Felde herunter sind, dann beginnt nach uralter Sitte eine Nachernte für die Verworfene der Armen, für das läbliche Proletariat. Alte Mütterchen, Greise und Invaliden ziehen in Begleitung einer Zahl Kinder, die sich auch schon mühselig zeigen wollen, hinaus auf das Land, um die einzelnen Wehren, die noch auf den Stoppelfeldern liegen, zusammenzufahren. Eine unendlich mühsame Arbeit, um die Not zu lindern. Ist nun alles aufgelesen und sind die Körner aus den Wehren herausgeklopft, so wird die Ernte zum Mäcker gebracht, der sie gegen Mehl und Brot austauscht. Das war für die Armen das langersehnte Erntefest.

Zoch es ändern sich die Zeiten. Jüngst kamen wiederholt Bekannmachungen, die das Mehrere bei Selbstkosten bis zu 30 Mark verbieten. Auf dem Gute Rogan, bei Malisch dem Herrn von Mothor gehörig, hatten es einige Herren dennoch gewagt, Mehen zu lesen. Sie wurden dabei erwischt und mußten das Verbrechen gegen das heilige Eigentum mit einer Mark Geldstrafe büßen. Die armen Leute dürfen bei der neuen Zeit die paar Mehen nicht auflesen; lieber können sie draußen verkaufen.

* Sonntag. Der Frauenabend, Mittwoch, den 23. August, war gut besucht. Genossin Lawaß aus Breslau hielt einen Vortrag über die Frauen und das politische Leben, der recht beifällig aufgenommen wurde. Der Distriktsführer gab den Bericht über die Generalversammlung und die Anwesenheiten waren mit den Beisitzenden einverstanden. Die Einführung des Wochenbeitrags wurde gut geheißen. Ferner wurde der Bescheid mitgeteilt, daß die Warenverteilung des Konsum- und Sparvereins "Vorwärts" bereits begonnen hat; die Mitglieder sollten nur recht fleißig kaufen, damit in kürzester Zeit ein Lager eröffnet werden kann. Nach Absingen einiger Freiheitslieder wurde der Frauenabend um 10 1/2 Uhr mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

* Obit. Gemeinde-Vertretung. Die Sitzung am 23. August bei Grünast behandelte als ersten Punkt die Uebernahme der Unterhaltung des als Pflasterstraße 1. Ordnung auszubauenden Weges von der Haltestelle der elektrischen Straßenbahn bis zur Einmündung in den Brodicher Weg. Herr Wankler gab bekannt, daß zur Pflasterung des 720 Meter langen Weges der Provinzialverband 430 Mk. und der Kreisverband 7 Mk. für den laufenden Meter unter der Bedingung beisteuere, wenn die Unterhaltung der Straße dauernd von der Gemeinde und dem Gutsherrn übernommen wird. Die Vertreter stimmten dem zu. Die Einführung einer Gemeinde-Pfundsteuer, über die beraten wurde, brachte eine längere Auseinandersetzung der Freunde und Gegner dieser Maßnahme. Das Ergebnis war die Ablehnung der geplanten Steuer mit 6 gegen 4 Stimmen. Zum dritten Punkt übergehend, wurde Herr Grünast als stellvertretender Schöffe wiedergewählt. Um den Anzulänglichkeiten in der Aufstellung der Currende abzuheben, beantragten einige Vertreter die Erhebung von Anschlagzinsen oder Taxen. Diese Sache wurde in der Tagesordnung abgelehnt; es soll darüber in einer späteren Sitzung verhandelt werden. Zum Schluß beschloß man sich mit dem von der Vertretung schon öfter vertragen Leichenhallebau. Nachdem schon mehrfach Klänge und Kostenaufschläge eingeholt worden, entschloß man sich endlich die Leichenhalle zu bauen? Ach nein, sie wird bis auf weiteres von der Tagesordnung abgelehnt. Warum? Weil die Erdbergemeinde beabsichtigt, in Obit alle Sonntage evangelischen Gottesdienst abzuhalten. Und da die Gemeinde hierzu keine Räumlichkeiten besitzt, soll die Leichenhalle mit einer Erbauungsbau in Verbindung gebracht werden.

* Saccaler. Schwere Unglücksfälle. In der Saccaler Bayerfabrik verunglückte am 19. August der Bauarbeiter Karl Konjalk aus Hunsdorf beim Ausschütten eines Schaffes Kalk dadurch, daß er von einem Hängeseiler ausglitt und aus einer Höhe von 5 Metern auf den Fußboden stürzte. Auf dem Gesicht, das nur zwei Meter breit war, stand noch ein Bodgerüst. Wühin war der Laufgang kaum einen halben Meter breit und dahinter kein Geländer, so daß der Arbeiter in die Tiefe stürzen mußte. Nach dem Unglück ließ der Bauarbeiter sofort Geländer schlagen und noch drei Bretter breiter das Gerüst legen. Der Verunglückte lag dreiviertel Stunden bewußtlos auf der Erde. Man schaffte ihn dann mit einem Handkrankenwagen ins Saccauer Krankenhaus, was längere Zeit dauerte. In der Saccauer Fabrik haben sich in diesem Sommer schon mehrere Unfälle auf den Bauten ereignet, weshalb die Arbeiter wohl verlangen können, daß beim Aufstellen der Gerüste um die größte Vorsicht an den Tag gelegt wird. Der Bau wird von der Firma Hubert Rank in Zrensch ausgeführt. Der Bauarbeiterverband erhebt Einspruch gegen die zahlreichen Unfälle und fordert von der Behörde mehr Bauarbeiterchutz.

* Malisch. Das Volks- und Kinderfest, das die Genossen des Landdistrikts 23 unter Mitwirkung des Arbeiter-Kahlfahrer-Vereins Wasserwirth veranstalten, ist bestimmt Sonntag, den 1. September. Das Anziehen zum Festzug ist in Raufe, auf der Straße nach Neumarkt. Abmarsch nach Kästner's Lokal in Wasserwirth Punkt 1 Uhr. Hier im Gartenkonzert, Preischießen, Verlosung und die verschiedensten Belustigungen. Im Lokal ist von 4 Uhr an Tanz. Die Genossen aus der Umgegend werden erlucht, sich an dem Feste rege zu beteiligen. Hoffentlich ist das Wetter freundlicher als am vorigen Sonntag. Besondere Einladungen zum Feste ergeben nicht.

* Guterwilt bei Nippem. Die mißhandelte Landarbeiterin. Auf dem hiesigen Dominium glaubte sich ein Landarbeiter dadurch geschädigt, daß ihm 1 Mark vom Erntegelde abgezogen wurde. Seine Frau, die ebenfalls auf dem Gute arbeitete, ging nun zum Herrn Oberamtmann und bat ihn um die Mark. Der aber war ganz andere Meinung; er ließ die 41 Jahre alte Frau im Hauskur, daß sie an die Wand schlug und sich am rechten Ellbogen verletzete. Damit war der Ausritt noch nicht beendet. Vor dem Hause rief der Oberamtmann seiner Gattin zu: "Das doch mal den Hund los!" Die Frau Oberamtmann folgte auch und der Hund sprang sofort an der Arbeiterin empor, so daß sie vor Schreck zurückfuhr und gegen die Wand des Hauses fiel. Am Mittwoch ist die Landarbeiterin in ihrer Wohnung vom Oberamtmann nochmals geschlagen worden; er gab ihr einen Stoß vor die Brust und einen Schlag an den Mund, so daß die Unterlippe innen blutig war. Die mißhandelte Frau, die Mutter von zwölf Kindern ist, von denen sieben am Leben sind, hat den Dienst sofort aufgegeben und den Herrn Oberamtmann angezeigt. Der Ehemann ist entlassen worden mit dem Bortent, "Schonen Sie sich zum Laxe hinaus; in drei Tagen muß die Wohnung geräumt sein." Ja, es ist ein Lust, als Landarbeiter zu leben!

Die Stadtverordneten-Versammlung, die am nächsten
Donnerstag ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, wird eine große Menge von Beratungsstoff vorfinden, die sich während der Ferienmonate in vielen Vorlagen angesammelt hat. Darunter befindet sich auch die allernennenswerteste Vorlage zur Regelung der Verhältnisse des Stadt-Theaters nach der diesjährigen Spielzeit. Es handelt sich dabei zunächst nur um die Genehmigung zur Ausschreibung der Baubüchse. Das Theater soll natürlich in Zukunft als reine Opernbühne ausgebaut werden, andernfalls würde sich die Stadt von vornherein ein neues Nebenbühnen auf den Rücken laden. Die Berichte von bereits vorliegenden Bewerbungen mit klangvollen Namen dürften größtenteils auf dem in Theaterkreisen so häufig wuchernden Klatsch beruhen.

In der zweiten Sitzung der Einsprüche gegen die Nichtigkeit der Stadtverordnetenwählerlisten zur Verhandlung kommen, von denen schon jetzt weit über hundert vorliegen.

Die bereits im Frühjahr angekündigte neue Grundwasser-Vorklage, die zur abermaligen Ausgabe von mehreren Millionen Mark den Anstoß geben wird, scheint auch während der Ferien noch nicht ganz beratungsbefrei geworden zu sein.

Nationalliberale Kandidaten für die Landtagswahl. Wie dem „Mittelteil. Volksfreund“ vom Vorstande des Nationalliberalen Wahlvereins für den Wahlkreis Schweidnitz-Streitzgau mitgeteilt wird, hat die nationalliberale Partei des Wahlkreises Schweidnitz-Streitzgau als ihren Kandidaten für die Landtagswahl Professor Schulte in Königszelt aufgestellt.

Die Nationalliberalen besetzen ihre alte Liste vom vorigen Jahre — sie kommen mit 17 Kandidaten allen anderen zur- und können sich dann bei der Verteilung des Wählerfeldes einen entsprechenden Anteil.

Die Fassung des Konkursverwalters. Hastet der Konkursverwalter für den Vertrag, den ein in Konkurs geratener Kaufmann mit seinen Angehörigen abgeschlossen hat? Ueber diese Frage hatte das Kaufmannsgericht in der Sitzung am 29. August zu entscheiden. Der Kaufmann Moritz Krojanker hatte mit seinem Geschäftsführer einen auf vierjährige Kündigung lautenden Vertrag abgeschlossen. Am 5. Juli 1912 geriet das Geschäft in Konkurs, ohne daß dem Geschäftsführer die Stellung aufgekündigt worden war. Die Stellung hätte mithin erst am 1. Oktober gekündigt werden dürfen. Der Konkursverwalter kündigte sie aber am 15. August zum 30. September. Der Geschäftsführer klagte gegen den Konkursverwalter auf Anerkennung des Vertrages und Zahlung des Gehalts bis Ende Dezember 1912. Der Verklagte beantragte die Abweisung der Klage. Nach § 22 der preussischen Konkursordnung kann das Anstellungsverhältnis, wenn nicht eine kürzere Kündigungsfrist ausbedungen, nach der gesetzlichen Frist, also nach sechs Wochen gelöst werden. Der Kläger zog darauf die Klage zurück.

Nichtung, Steinarbeiter! Sonntag, den 1. September, von 10—12 Uhr Vormittags: Kasintag bei Brückner, Ursulinerstraße 27—28.

Die Gefahren der Strafe. Am Donnerstag wurde an der Universitätsbrücke am Eingange zur Salzkstraße der Schiffseigner W. aus Jurlenbergs, dessen Kahn vor Oswig liegt, beim Ueberqueren des Kajwärmes von einer Droschke erster Klasse umgefahren. Zwei Männer gingen dem Schiffseigner über den Kopf hinweg und verletzten ihn dabei und das Gesicht. Als der Verunglückte sich genähert erholt hatte, wurde er nach seinem Kahne geschafft. — Am selben Tage nachmittags verjagte ein Droschkenführer auf der Brückenstraße auf einen mit Drillmaschinen beladenen Rollwagen zu stürzen. Er riß dabei eine Drillmaschine herunter und stürzte mit ihr zusammen auf die Straße, wobei ihm die Maschine den rechten Oberarm schwer verletzt hat. Der Droschke wurde zunächst in seine Wohnung, sodann aber in das Krankenhaus „Bethanien“ geschafft.

Unglücksfall? Wahrscheinlich ertrunken ist am 29. d. M. in Tschiermeyer, der sich ein Boot gemietet hatte, um eine Spazierfahrt nach Morigenau zu unternehmen. Das Boot ist leer auf der Oder treibend gefunden worden und darin befanden sich Ueberzieher und Jackett des Tschiermeyers. Es muß also angenommen werden, daß dieser in die Oder gefallen und ertrunken ist.

Ertrunken. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich Donnerstag nachmittag gegen 5 1/2 Uhr auf der Oder. Gestern nachmittag um die genannte Zeit bestieg der 59 Jahre alte Tischlermeister Soghy, Messergasse 13/16 wohnhaft, den hinter dem Grundstück Matthiasstraße 36 in der Oder liegenden Kahn seines Schwiegersohnes, des Langfischer Trapp, um alles für die Segelfahrt vorzubereiten. Infolge einer besonders starken Schwallung des Bootes stürzte Soghy in die Oder und ging sofort unter, ohne noch einmal an die Oberfläche zu kommen. Einige Freunde und Bekannte des Untergegangenen, die Augenzeugen des Unfalles waren, machten sich sofort an das Rettungswerk, aber leider ohne Erfolg. Auch die herbeigerufenen Feuerwehrmannschaften der Feuerwache von der Elbingsstraße, die mit allerlei Geräten erschienen, suchten den Oederstrom in der Nähe der Unfallstelle zwei Stunden lang nach der Leiche ab; auch diese Arbeiten, die nur infolge der einbrechenden Dunkelheit aufgegeben werden mußten, waren erfolglos. Die Leiche des so früh aus dem Leben geschiedenen Mannes konnte bisher nicht geborgen werden. Die geplante Festlichkeit wurde infolge des Unfalles sofort abgesagt.

Selbstmord eines Studenten. Am Donnerstag vormittag 8 1/2 Uhr hat sich in der Wohnung seiner Eltern, Kronprinzenstraße Nr. 77, der cand. jur. Alfred Neustadt erschossen.

Selbstmord? Am Donnerstag abends gegen 8 1/2 Uhr wurde am Oderufer, direkt an der Mittelmühle, ein schwarzer Damenhut mit weißer Spitzengarnierung und ein schwarzer Regen-schirm gefunden. Ein unbekannter Herr will zur angegebenen Zeit beobachtet haben, wie eine unbekannte, etwa 16 bis 18 Jahre alte Frauensperson dort in die Oder sprang. Es wurden Feuerwehrmannschaften herbeigerufen, die fast zwei Stunden lang in der Oder nach der Leiche der Ertrunkenen suchten, aber ohne Erfolg. Der tragische Herr, der die vorübergehenden Personen von dem Selbstmord in Kenntnis setzte, sich jedoch entfernte, sowie Personen, die über die Persönlichkeit des Unbekannten Auskunft geben können, werden ersucht, sich im Zimmer Nr. 31/32 des Polizeipräsidiums zu melden, wo auch die gefundenen Gegenstände niedergelegt sind.

Grober Unfall. In der vergangenen Nacht, kurz vor 4 Uhr morgens, wurde der Krankenwagen der Feuerwehr nach dem Kaiser-Wilhelm-Kafe gerufen. Der Melder, der einen Unfall vorgab, denkste den Fernsprecher des Kafes, war aber beim Eintreffen des Krankenwagens nicht zu ermitteln; ein Unfall war auch nicht passiert, sodaß es sich also um einen schon mehrmals verübten groben Unfug handelt.

Feuer. Am Donnerstag vormittags kurz vor 10 Uhr wurde die Feuerwehr nach Gartenstraße 47, Ecke Theaterstraße, gerufen. Hier war im Keller eine Lampe explodiert und das brennende Petroleum ergoß sich auf eine Kiste, die in Brand geriet, der aber bereits vor Anbruch der Feuerwehr gelöscht werden konnte. — Nachmittags um 5 1/2 Uhr eilte die Wehr nach der Festhalle in Scheitling, wo ein Feuer-melder abgelautet war; sie konnte also sofort wieder umkehren. — Abends kurz vor 11 Uhr wurde die Wehr nach der Spinnerlei von Schmerin & Söhne, Bräbischen, gerufen. Hier waren einig

Ballen Berg in Brand geraten, die aber von Angestellten der
Fabrik bereits gelöscht worden waren, als die Breslauer Wehr dort eintraf, so daß diese nur noch die Aufräumung vornehmen brauchte. Ueber die Ursache des Feuers ist bisher nichts bekannt geworden; es wird jedoch vermutet, daß sie auf das Selbstlaufen eines Maschinenlagers zurückzuführen ist.

Diebstahl am öffentlichen Fernsprecher. In der vergangenen Nacht ist wiederum von dem Fernsprecher im Häuschen am Königsplatz der Hörer losgeschnitten und gestohlen worden. Das ist innerhalb weniger Tage bereits das dritte Mal an ein und demselben Apparat. In dem vor Anbruch der Wehrung solcher Hörer bringend gewarnt wird, werden Angaben zur Ermittlung des Täters nach Zimmer 57 des Polizeipräsidiums erbeten.

Verloren wurden ein Handtäschchen mit silbernem Monogramm D. P. und Inhalt, zwei Portemonnaies mit Inhalt, eine Brille mit Futteral, eine von Holz geschnitzte Zeitungsmappe, ein goldener Trauring, gezeichnet N. S. 2. 3. 12., eine goldene Brosche mit blauem Stein und ein Nickel-Lotterielos der preussischen Staatslotterie Nr. 98 402.

Geunden wurden ein Ledertäschchen mit vier Schlüsseln, ein Hut, zwei Mützen, zwei Damenuhren, eine Brille, ein Regenschirm, zwei Tischtücher, ein Fahrrad „Marke Panther“, ein Portemonnaie mit Inhalt und ein Handwagen.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

Diebischs Etablissement. Die heutige Vorstellung der Revue „Es tut sich was“ findet bei Rauchverbot statt. Anfang 8 Uhr. Auf die Gala-Fest-Vorstellung aus Anlaß des 25-jährigen Bühnen-Jubiläums von Henry Bender am 3. September er. sei noch besonders hingewiesen. Bei der großen Nachfrage nach Eintrittskarten zur Jubiläums-Vorstellung empfiehlt es sich, sie rechtzeitig zu entnehmen. — Im Garten konzentriert das Breslauer Ton-sinfonie-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters P. Rißler. Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater. Heute Freitag „Der deutsche Jodel“, „Der Rehbod“ und „Der Einbrecher“. Sonntag, 1. September, Premiere mit einem erlesenen Spezialitätenprogramm. Sonntag mittag von 11 bis 1 1/2 Uhr: Matinee. Willetts täglich von 9 bis 2 Uhr im Theater-bureau, im Verkehrsbureau Varasch, bei Gust. W. Schlegel und Erich Wolff, im Vorverkauf ohne Vorbestellgebühr.

Zeltgarten. (Die. I. Roman.) Nur noch zwei Abende bleibt das schöne, gegenwärtige Programm, bestehend aus zwölf Spezialitäten, bestehen. Sonntag, den 1. September, ist vollständiger Programmwechsel. Bei ungünstiger Witterung gedeckter Terrassen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Ein Gnadenakt.

Unter dieser Epithete teilen wir erstern mit, daß das Reichsfinanzamt einem Kriegsteilnehmer die Nachricht hatte zugehen lassen, daß ihm, der bisher 57 Mark Pensionzuschuß bezogen hatte, nunmehr ein Zuschuß in Höhe von 27 Mark jährlich gewährt worden sei. Das Reichsfinanzamt gibt jetzt eine Aufklärung, aus der folgendes zu entnehmen ist: Der Veteran besteht eine Pension als früherer Gütergepächter nach 38 Dienstjahren in Höhe von 2385 Mk. Dazu kam ein Zuschuß als Kriegsteilnehmer in Höhe von 57 Mk., in Summa also 2442 Mk. Durch die Novelle zum Reichsbeamtengesetz vom 17. Mai 1907 wurden die neuen Pensionsvorschriften auch auf die Kriegsteilnehmer ausgedehnt. Dadurch stieg die Pension des Betroffenen auf 2442 Mark, und zu dieser Pension hat ihm das Reichsfinanzamt nunmehr einen weiteren Zuschuß von 27 Mark jährlich gewährt, sodaß seine Gesamtentnahme sich auf 2469 Mark beläuft. Daß die früher gewährte Zulage von 57 Mark noch fünf Jahre lang bezahlt wurde, beruht auf dem Versehen eines Beamten. Das Reichsfinanzamt erklärt weiter, daß es nach den gesetzlichen Bestimmungen zu einer solchen Neuregelung verpflichtet war.

Aus der Zuschrift, die dem Kriegsteilnehmer zugegangen war, konnte man von alledem freilich nichts erfahren, und deshalb war die Kritik, die einsetzte, auch völlig berechtigt.

Neueste Nachrichten.

Zum Butschverfuch in Konstantinopel.

(Steife Ausland.)
Konstantinopel, 30. August. Auf der Pforte werden die Blättermeldungen über den jüngsten Butschverfuch als kolossal übertrieben bezeichnet. Es handelt sich, so behauptet man, nur um die unbesonnenen Tat weniger regierungsfeindlicher Offiziere, der gar keine Bedeutung beizumessen sei. Die verhafteten Demonstranten sollen streng bestraft werden.

Konstantinopel, 30. August. Die Gendarmen-Revolution der vergangenen Nacht ist von drei Gendarmen-Offizieren geleitet worden. Kavallerie nahm die Meuterer, ohne einen einzigen Schuß zu tun, gefangen. Die Truppen kehrten um 5 Uhr wieder in ihre Kasernen zurück und die Ruhe und Ordnung waren überall wieder hergestellt. Die Truppen sind bis auf weiteres in ihren Kasernen konzentriert. Einem gleichzeitigen Platte zufolge, hat das Kriegsministerium erfahren, daß ein Teil der Gendarmen eine Butsch plante, und konnte deshalb noch rechtzeitig Maßregeln zur Verhütung desselben treffen und eine Ausdehnung der Bewegung verhüten. Dagegen wird von offizieller Seite der ganze Vorgang einfach in Abrede gestellt.

Feuerbrunst auf Helgoland.

Helgoland, 30. August. Eine gewaltige Feuerbrunst wütete gestern nachmittag an dem Maschinen-hause der neuen Befestigungsanlagen. Das Feuer griff rasend schnell an sich. Die gesamte Garnison wurde alarmiert. Man befürchtete jeden Augenblick eine Explosion der beiden unter Dampf stehenden Kessel. Das Maschinenhaus und mehrere benachbarte Gebäulichkeiten sind vollständig niedergebrannt und vernichtet worden. Den vereinten Anstrengungen der Garnison und freiwilligen Feuerwehr gelang es schließlich nach mehrstündiger verweilender Arbeit, das Feuer Herr zu werden. Der angerichtete Materialschaden ist sehr beträchtlich.

Neues Unwetter in England.

Norwich, 30. August. Die Fluten bedrohen die Stadt noch weiter. Das Wasser, das im Laufe der Nacht gefallen war, ist heute infolge eines neuen heftigen Regengusses wieder gestiegen. Es besteht die Gefahr, daß Trinkwasser und Lebensmittel heute ausgehen. Der Versuch einer Suche wird beschränkt. Heute sind mehr als 10,000 Leute obdachlos. Das kommerzielle Leben in der Stadt ist so gut wie unterbunden. In hunderten von Läden ist ein Handelsvorkehr unmöglich. Viele Gebäude sind eingestürzt. Die Leiche eines ertrunkenen Kindes ist heute gefunden worden. Die Eisenbahnverbindung nach Norwich ist jetzt wieder aufgenommen worden.

Furchtbarer Sturm.

Oberon, 30. August. Auf dem Schwarzen Meere wütet ein furchtbarer Sturm. Die Schiffe können nicht aus den Häfen ausfahren. Man befürchtet schwere Schiffsunfälle, da verschiedene Schiffe bisher noch nicht in den Häfen einlaufen, den sie bestimmungsgemäß schon vor zwei oder drei Tagen hätten erreicht haben müssen.

Verfünfter Thronfolger.

Wien, 30. August. Wie man der Neuen Freien Presse aus Paris telegraphiert, bestreitet es sich, daß der Prinz Georg von Serbien, der bekanntlich vor längerer Zeit infolge seiner tollen Streiche auf die Thronfolge verzichtete zugunsten seines Bruders, in einem Sanatorium für Nervenleiden untergebracht worden ist. Er soll sich in einem derartigen Zustände nervöser Depression befinden, der seine sofortige Internierung in dieser Hinsicht notwendig mache.

Gerhart Hauptmann Direktor des Burg-Theaters?

Wien, 30. August. Von einer der Wiener Hofkreise sehr nahe stehenden Stelle wird gemeldet, daß Gerhart Hauptmann als Nachfolger des verstorbenen Hofburg-Theater-Direktors Baron v. Berger in der Leitung des Wiener Hofburg-Theaters genannt wird. Bereits in den nächsten Wochen wird man bei Gerhart Hauptmann anfragen, wie er sich zu einer eventuellen Berufung nach Wien stellt.

Explosion.

Paris, 30. August. „Echo de Paris“ meldet aus Mailand: Eine furchtbare Explosion erfolgte in Brescia in einer Fabrik für Explosivstoffe. Eine große Anzahl Personen wurden verletzt und die Fabrik vollständig zerstört. Der Marquis Imperiale wurde durch die Explosion, die in seinem Bureau erfolgte, getötet.

Amerikanische Blutaten.

New York, 30. August. Wie „Sun“ aus Panama meldet, geht dort das Gerücht, daß fünfzig amerikanische Soldaten in Nicaragua getötet worden sind.

New York, 30. August. Das Staatsdepartement vernimmt gerüchtwiese, daß ein neues Gefecht in Mexiko zwischen den Rebellen und den Regierungstruppen stattgefunden habe. Angeblich sollen 1800 Rebellen, die Ullamo angriffen, in Nord-Mexiko geschlagen worden sein. Ueber drei hundert von den Rebellen sollen getötet und verwundet und eine ebenso große Anzahl soll gefangen genommen worden sein.

Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

S. Oswig. Der Gemeindevorsteher ist nicht berechtigt, bei der Wahl eines Erbschaftsbesizers die Öffentlichkeit auszuschließen; das könnte nur geschehen, wenn die persönlichen Verhältnisse des Schöpfers besprochen werden sollten.

W. Liegnitz. 1. Sie zeigen einfach dem Magistrat an, was Sie betreiben. 2. Ein Wandergewerbeschein ist nötig. 3. Er kostet in diesem Falle vielleicht 30 bis 40 Mark. 4. Nein.

R. Z. 42. Christophorplatz; die zweite Etage wird betont.

100 R. Wenn Sie nicht zahlen können, müssen Sie ein Gesuch ans Amtsgericht schreiben und bitten, daß der Abzug ermäßigt wird.

R. Gehwigsstraße. Die Gesundheit des Kindes muß in einer Klage angefochten und dann der Vater wegen Alimtenien verklagt werden. Wenden Sie sich den städtischen General-Vormund, Ritterplatz.

S. D. 10. In dieser Erbschaftsache ist zugunsten Ihrer Ehefrau nichts zu machen. Sie ist nicht pflichtteilberechtigte Erbin und darum kann der Anteil im Testament alles der Tochter verschrieben.

S. Z. Breslau. Schreiben Sie an Genossen S. G. r. m. o. a. d., Paris, Rue Severo 4, der wird Ihnen weiterhelfen.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Pegel in Höhe über Meer	28. August		29. August		30. August	
	Wasser	Wind	Wasser	Wind	Wasser	Wind
30. S.	1,240,88/2,17	0,07/8,721,09/4,54/2,271,05,0,78/5,00	1,52/0,56	—	—	—
29. S.	1,300,82/2,20	0,10/8,90/1,32/4,50/2,17/1,00/0,72/5,00	1,52/0,56/1,58	—	—	—
Witten	1,680,98/2,12	0,42/2,46/2,07/1,07/2,38/1,88/1,58/5,00	0,14/1,88/0,45	—	—	—

*) Auslieferungshöhe i. Rottweil 8,50; für Treßden (Oder) Oble-Niederung 8,27.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach West. Ortzeit	28. August		29. August		30. August	
	Wm. 21/27	Wm. 21/27	Wm. 21/27	Wm. 21/27	Wm. 21/27	Wm. 21/27
Wasserwärme (C.)	+15,8	+12,6	+11,2	+10,2	+13,2	+11,7
Luftwärme (mm) 0,7m	742,0	746,5	751,3	751,0	749,9	748,8
Luftwärme (mm) 1,0m	8,9	9,0	8,4	7,8	9,0	8,8
Luftwärme (mm) 2,0m	6,7	6,8	6,4	4,6	7,0	6,1
Wind (0—12)	W 4	W 3	W 2	SW 2	E 2	SE 2
Wetter	wolkig	bedeckt	heiter	gl. heiter	heiter	heiter

*) Zur Reduktion auf Meereshöhe sind 18,1 mm hinzuzufügen.

Bersammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 31. August: Arbeiter-Operantiken. Abends 8 Uhr im Zimmer 4.

Montag, den 2. September: Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Vöcherausgabe von 8 1/2—9 1/2 Uhr im Zimmer 3.

Mittwoch, den 4. September: Arbeiter-Operantiken. Abends 8 Uhr im Zimmer 4.

Donnerstag, den 5. September: Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Vöcherausgabe von 8 1/2—9 1/2 Uhr im Zimmer 3.

Sonnabend, den 7. September: Arbeiter-Operantiken. Abends 8 Uhr im Zimmer 4.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikt 7 (Kollator). Weil das Kinderfest am letzten Sonntag verregnet ist, wird es Sonntag, den 1. September im Lokale von Dürenwanger in Klein-Bandau abgehalten werden. Treffpunkt: 3 Uhr im Westpark.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Saub.) Neumarkt.

Landdistrikt 19 (Cantich und Umgegend). Sonntag, den 1. September, nachmittags 2 Uhr: Distrikt-Versammlung bei Wendler in Cofelau.

Bekanntmachungen der Rad-, Sport- und Gesangsvereine.

(In dieser Rubrik kostet die Zeile 30 Pfg.)

Quartett-Gesang-Verein „Liederhort“ veranstaltet im Gartenrestaurant Bergkeller ein Gartenfest

bestehend in Vocal- u. Instrumental-Konzert. Gr. Kinderbelustigung. Kinderfahrgang bei feiner Beleuchtung des Gartens. — Programm 2 1/2 Pfg. sind bei sämtlichen Mitgliedern zu haben. [1901] Samstag 3 Uhr. — Anfang 4 Uhr.

Rundblick über die Fleischsteuerung.

In Trier sind die städtische Schlachthofkommission, sowie der Vorstand der Fleischer-Innung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters zu einer Besprechung über Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung zusammengetreten. Der Vorsitzende der Fleischer-Innung schlug vor, die Stadtverwaltung soll holländisches und dänisches Fleisch kommen lassen und in eigener Verwaltung vertreiben. Mit diesem Vorschlag werde der Öffentlichkeit dargelegt, daß es den Mehlern mit dem Wunsch nach Beseitigung des Mißstandes ernst sei. Die Stadtverwaltung erklärte es, so wird der „Köln. Zeitung“ berichtet, für erwünscht, daß die Fleischer-Innung den Versuch machen soll, durch die Einführung von holländischem Fleisch der Steuerung zu steuern.

Der Vorstand der freien Metzger-Innung des Bezirks Karlsruhe teilt, so schreibt der „Bad. Landesbote“, mit, die Innung sehe sich infolge rapiden Anschwellens der Großviehpreise und der Schweinepreise, die voraussichtlich längere Zeit auf einem hohen Stand sich erhalten werden, genötigt, ausländisches Fleisch aus erster Hand zu beziehen. Der Stadtrat beschloß, bei den Großherzoglichen Finanzministerien darauf hinzuwirken, daß der von der Innung beschriebene Weg der genossenschaftlichen Einfuhr ausländischen Fleisches nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse das einzige Mittel ist, der zunehmenden Verteuerung des Fleisches entgegenzuwirken.

In Königsberg i. Pr., der Hauptstadt einer der viehzüchtendsten Provinzen, ist eine derartige Fleischknappheit und damit Hand in Hand gehend ein entsprechendes Steigen der Preise für Schlachtvieh eingetreten, daß eine Anzahl in weniger kaufkräftigen Stadtteilen wohnhafter Ladenfleischer ihren Betrieb einstellen und das Geschäft schließen mußten. Das berichtet die nationalliberale „Allgemeine Zeitung“ und von sachkundiger Seite wird ihr noch geschwieben, daß den bereits geschlossenen kleineren Geschäften noch eine Anzahl der größeren folgen, wenn die gegenwärtig bestehende Fleischsteuerung anhält. Es gibt zur Zeit etwa 300 Ladengeschäfte, die jedoch mangels genügenden Angebots nicht alle umfassen, ihren Bedarf an Fleisch aus dem Schlachthof zu decken. So wurde am Montag nur 218 Schweine geschlachtet; im Verhältnis zu der Zahl der Ladenfleischer eine verhältnismäßig geringe Zahl. Noch schlimmer steht es mit Kalbfleisch; hier ist die Zufuhr zur Zeit eine so geringe, daß, wollte man den ganzen am Markt befindlichen Vorrat unter den Fleischern gleichmäßig verteilen, jeder Fleischer kaum ein Kalbsviertel erhalten könnte. Auch die Rindviehschlachtungen stehen in keinem Verhältnis zum Bedarf. Ständig aufgenommen hat, wie in Berlin, so auch in Königsberg die Zahl der Vieberschlachtungen. Eine Besserung der gegenwärtigen unhaltbaren Zustände ist nach der Meinung Königsberger Sachverständiger des Fleischergewerbes für Ostpreußen nur von der Dämpfung der russischen Grenze zu erwarten, da die Preise für tadelloses Vieh in Rußland, wenige Meilen von der Grenze entfernt, kaum halb so hoch wie in Ostpreußen oder gar auf dem Königberger Schlachthofe sind.

Das schreibt die stammes schuhwänerische nationalliberale „Königsberger Allgemeine Zeitung“. Was hat darauf die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zu sagen, die behauptete, die Schlachtvieh- und Fleischsteuerung sei eine internationale Erscheinung?

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Berlin-Lichtenberg hat einen schleunigen Antrag eingebracht, in welchem die gemeindlichen Körperschaften aufgefordert werden, bei der Reichsregierung Schritte zu unternehmen, damit die Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel aufgehoben und die Grenzsperrung, sowie die Einfuhrzölle beseitigt werden.

Aus aller Welt.

Ein neuer Fernflug Paris—Berlin. Der französische Flieger Brindejonc ist am Donnerstag morgen zum zweiten Male zur Fernfahrt Paris—Berlin am den Bonmerypool aufgestiegen. Der Flieger startete am Aerodrom Maconplay gestern früh um 5,26 Uhr. Das Wetter war gestern etwas günstiger als in den letzten Tagen, der Regen hat aufgehört, und auch der Wind hat nachgelassen. Auch von der Flugstrecke, der Flieger will diesmal eine andere Richtung wählen, sind günstige Witterungsnachrichten eingetroffen. Er hat die Absicht, drei Zwischenlandungen zu machen, und zwar in Metziers, Düsseldorf und Hannover. Bis 11 Uhr vormittags ist in Paris keine Nachricht von Brindejonc eingetroffen.

Im englischen Ueberschwemmungsgebiet. Die Lage in Norwich und in der Grafschaft Norfolk hat sich wenig gebessert. Das hochwasser verläuft sich allmählich, doch kann es noch Monate dauern, ehe die normalen Zustände wiederhergestellt sind. Vorgestern abend wurde der Bahnverkehr wieder ausgenommen. Die Stadt Norwich ist immer noch ohne Gas und elektrisches Licht. Mehr als dreitausend Personen sind ohne Obdach und über zwanzigtausend in größter Not. Es fehlt vor allem an Lebensmitteln. Die Stadt Peterborough ist vollständig von Wasser umgeben, das die hiergelegenen Stadtteile überflutet. In dem Tal zwischen Fakenham und Wallingham flüchtete ein Güterzug der Great Eastern Bahn infolge Zusammenbruchs einer Brücke in den Fluß. Die Passagiere kamen nicht zu Schaden, jedoch sind die Materialschäden ziemlich bedeutend. — Die See zwischen Lynn und Wells ist um 2 Zentimeter gesunken. Das Wasser führt zahlreiche Tierleichen mit sich. In Yarmouth ist das Wasser am Montag um 20 Zentimeter gefallen. Stamford und viele andere Ortschaften sind nach wie vor vom Verkehr vollständig abgeschnitten.

Ein Pogrom. Eine Meldung, die an das finstere Mittelalter gemahnt, kommt wieder einmal aus Rußland. In Darnatz hat in Petrikau ein Pogrom gegen die Juden stattgefunden, weil ein Dienstmädchen die Lüge verbreitet hatte, daß ihre Dienstherrin, die Frau des Kaufmann Gerber, einen Ritualmordversuch an ihr unternommen habe. Das Lokal Gerbers wurde von der wütenden Volksmenge vollständig zerstört. Die Familie Gerber konnte von der Polizei nur mit Mühe vor dem Erschlagen gerettet werden. Sodann zog die Volksmenge in das Innere der Stadt und plünderte alle jüdischen Geschäfte. Die Ruhe wurde mit Hilfe von Militär, das von der Waffe Gebrauch machte, wiederhergestellt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Unter den Juden herrscht große Erregung, da eine Wiederholung der Ereignisse befürchtet wird.

Parteiangelegenheiten.

Die Berliner Parteiorganisationen und der Parteitag. Die sechs Berliner Kreise nahmen am Dienstag in General-Verhandlungen Stellung zum Parteitag. Am ersten Wahlfreitag referierte Landtagsabgeordneter Tröbel. Er sprach sich über das Stichwahlabkommen, die Maister, den Imperialismus und die geplante Veränderung der Organisationsform aus. Das Stichwahlabkommen verurteilte er, trat für Restriktionen an der Maister ein und wandte sich gegen den geplanten Parteiausbruch. Der Reichstagsfraktion solle man die volle Verantwortung auf den Parteitag lassen. Nach lebhafter Diskussion wurde beschlossen, folgende Anträge an den Parteitag zu richten:

1. Der Parteitag möge die Herausgabe einer Monatschrift beschließen, welche die Massenarbeit an den Rand von Reichstagsfragen zu beleuchten habe.
2. Die Agitation unter den Angehörigen ist zu fördern, besonders im Hinblick auf die Vorbereitung der demokratischen Vereinigung.
3. Der Parteiausbruch ist abzulehnen, der Parteivorstand durch unbesoldete Mitglieder zu verstärken und die Rechte der Kontrollkommissionen zu erweitern.

In zweitem Kreis hielt Abg. Richard Fischer das Referat. Er hält eine Veränderung in der Zusammensetzung des Parteivorstandes nicht für nötig, wenn aber eine Reorganisation stattfinden soll, dann würde der Parteiausbruch die günstigste Lösung sein. Das Stichwahlabkommen hält Redner für nötig. Zur Maister müsse der Parteitag Stellung nehmen, und wenn keine Möglichkeit bestehe, die Gewerkschaften zur Propaganda für eine umfassende Arbeitsruhe zu veranlassen, dann solle man auf dem Internationalen Kongress die Aufhebung der Bestimmungen über die Arbeitsruhe beantragen. In der Diskussion vertritt Abg. Wurm den Standpunkt, daß dem Parteivorstand ein politischer Beirat von fünf bis neun Personen beigegeben werden möge. — Ein Antrag, die Reichstagsabgeordneten wie bisher zu den Parteitagen zuzulassen, ihnen aber das Stimmrecht zu nehmen, wird abgelehnt. Ein weiterer Antrag, der sich gegen den Parteiausbruch ausspricht, wird angenommen, ebenso eine Resolution, die besondere Maßnahmen zur Gewinnung der jugendlichen Arbeiter von 18—21 Jahren fordert.

Die Generalversammlung des dritten Kreises diskuterte nach dem Vortrag des Abg. Pfannkuch über das Stichwahlabkommen. Ein Antrag, der das Abkommen verurteilt, wurde abgelehnt. Angenommen wurden folgende Anträge:

1. Der Parteivorstand hat den Parteifunktionären mehr Material für die Agitation unter den Privatangestellten zur Verfügung zu stellen. — Der Parteitag 1913 soll die Privatangestelltenfrage besonders behandeln.
2. Das Organisationsstatut ist dahin zu ändern, daß bei Abstimmungen über Organisations- und Prinzipienfragen auf den Parteitagen die Mitgliederzahl entscheidet, welche die Delegierten vertreten.
3. Im Interesse der Geschlossenheit und Einheit der Partei sind Sonderkonferenzen, gleichviel welcher Richtung, in denen zu allgemeinen Parteifragen Stellung genommen wird, in Zukunft zu vermeiden.

Der Parteitag möge den Genossen, die mit jedem kirchlichen Bekenntnis gebrochen haben, empfehlen, auch formell ihre Ausscheidung aus allen kirchlichen Gewerkschaften zu vollziehen.

Im vierten Kreise referierte der Abg. Büchner. Redner bedauert, daß die Zahl der organisierten Genossen in Berlin nicht größer sei; hinsichtlich der Tätigkeit der Reichstagsfraktion bemerkt er, parlamentarische Erfolge seien nicht zu verzeichnen, bei der Sach im Reichstage wäre an ein entsprechendes Arbeiten nicht zu denken, es müsse deshalb möglichst frühzeitige Enderhebung gefordert werden. Das Stichwahlabkommen wird von dem Redner verurteilt. Hinsichtlich der Organisationsänderung sei er für Erhöhung der Beiträge, der Parteiausbruch sei aber abzulehnen; man möge die unbesoldeten Mitglieder des Parteivorstandes mindestens auf fünf erhöhen. Außerdem möge man das Recht der Kontrollkommissionen erweitern. Das selbstständige Parteibüreau der Frauen habe keine Berechtigung, die Sekretärin möge dem Parteivorstand angegliedert werden. — Schließlich verteidigt Redner die Eisenacher Konferenz. Nach lebhafter Debatte, in der nur Genosse Brüchner das Stich-

wahlabkommen verteidigt, wird die Beitragserhöhung abgelehnt. Angenommen wurden die Anträge, die auf Aufhebung des Frauenbüreaus und Erweiterung der Initiativrechte der Kontrollkommission hinauslaufen. Angenommen wird aber auch ein Antrag, der erklärt, daß Grund zur Veränderung im Parteivorstand nicht vorliegt, und der Parteitag ersucht wird, sämtliche in dieser Hinsicht gestellten Anträge abzulehnen. Ein Antrag, der alle Sonderkonferenzen verboten wissen will, wird abgelehnt. Eine Resolution, welche sich gegen das Stichwahlabkommen wendet, findet Annahme. Der dritte Kreis beantragt ferner, den nächsten Parteitag in Berlin abzuhalten und die Steuerfrage auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitages zu legen.

Im fünften Kreise referierte Abg. Bels. In der Organisationsfrage tritt Redner für die Erhöhung des Parteibeitrages ein. Dem Parteiausbruch bekämpft er; bei großen Aktionen würde der Parteivorstand sich ohne dieses Ratgeber aus dem Reiche zusammenberufen. Die Reichstagsfraktion soll nicht unbefristet Sitz und Stimme auf den Parteitagen haben. Das Stichwahlabkommen billigt er. In der Diskussion wird von dem Genossen Tr. Wehl und von dem Abgeordneten des Kreises, Robert Schmidt, verlangt, daß die Parteitagdelegierten ohne gebührendes Mandat geschickt werden. Schmidt verteidigt Wehl bekämpft das Stichwahlabkommen. Beschlossen wird, folgende Anträge an den Parteitag zu richten:

1. Für die Jugendagitation mehr wie bisher zu tun, vor allem keine Opfer zu scheuen, die jungen Leute zwischen 18 und 20 Jahren für die politische Organisation zu gewinnen. Der Parteivorstand soll regelmäßig großzügige Agitationen zu diesem Zwecke einleiten.
 2. Die Parteipresse ist zu vergrößern, kleineren Anzeigen über Spirituellen aufzunehmen, Volkskämpfer u. dergl. ist zu unterfragen, Spirituellen zu führen, und im übrigen ist der Schnapsbottel zu erneuern.
- Eine Abstimmung über die zu den Organisationsänderungen gestellten Anträge findet nicht statt. Die Versammlung war darin einig, daß die Delegierten nach eigener Ueberzeugung auf dem Parteitag abstimmen sollen.

Die Generalversammlung des sechsten Kreises beschäftigte sich im Anschluß an eine Resolution, die Sonderkonferenzen parlamentarischer Körperschaften auf das entscheidendste verurteilt, lebhaft mit der Eisenacher Konferenz. Ledebour und Uebrecht referierten in längerem Reden die Zusammenkunft in Eisenach. Die Konferenz sei keineswegs ein Geheimkonventikel gewesen, sondern die Fortsetzung einer in Berlin begonnenen Besprechung des linken Flügels der Reichstagsfraktion, die durch den plötzlichen Schluß des Reichstages unterbrochen worden war. Aus der ganzen Veranstaltung sei kein Geheimnis gemacht worden. Die Sache gebe von der Nichtnahaus, die selbst mit diesen Konferenzen angefangen und damit auch kein Vergehen erblickt habe. Diese Besprechungen seien nicht neu, sie dauerten schon seit dem Jahre 1908. Dieser Zustand sei zu bedauern, aber mit einem Verbot schaffe man die Sache nicht aus der Welt. — Nach diesen Ausführungen lehnte die Versammlung die Resolution ab. Eine Resolution wurde angenommen, die gegen das Verhalten des Genossen Tr. Landsberg in der letzten Reichstagsfraktion protestiert. Die Annahme erfolgt gegen eine Stimme. In der Organisationsfrage wurde beschlossen, die Beitragserhöhung abzulehnen, die Abstimmung über den Parteiausbruch den Delegierten freizustellen. Einstimmige Annahme fand ein Antrag, der den Parteivorstand ersucht, besondere Maßnahmen zu treffen, um die Jugendlichen von 18 bis 21 Jahren für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Der Antrag, die Angestelltenfrage auf dem nächsten Parteitage zu behandeln, wurde abgelehnt.

Die sozialdemokratische Partei des Herzogtums Braunschweig. Der soeben erschienene Jahresbericht für 1911 teilt mit, daß die Organisation 11.807 Mitglieder, darunter 1806 weibliche habe, gegen das Vorjahr eine Zunahme von 1663. Im Berichtsjahre fanden 895 Versammlungen und 220 Besprechungen statt. Flugblätter wurden in 473.750, der „Volkstreue“-Kalender in 40.000, die Monatschrift „Empor“ monatlich in 4800 Exemplaren verbreitet. Weiter wurde die achtseltige Flugchrift „So sind sie! Wer? Die Sozialdemokraten in 32.000 Exemplaren verteilt.

In den Gemeindeförperschaften zählt die Partei 30 Stadtverordnete und 83 Gemeinderatsmitglieder gegen 28 und 88 im Vorjahre. Der Bildungsverein jugend-

Sensationelle Wendung in der New Yorker Spieler-affäre. Aus New York kommt eine Nachricht, die geeignet ist, die größte Sensation hervorzurufen. Der Polizeipräsident soll beschlossen haben, eine Liste der Personen aufzustellen, die Eigentümer von Spielhäusern und anderen Gebäuden, die sich eines schlechten Rufes erfreuen, sind und zu veröffentlichen, um dem großen Publikum die heuchlerische Gesinnung derselben vor Augen zu führen und der sie sich über den Polizeifandal ausgelassen haben.

Nach den Mitteilungen des Polizeipräsidenten soll die Liste die Namen hochangesehener Bürger New Yorks, darunter reiche Grundbesitzer, Richter, Pastoren, Millionäre und sogenannte „Sozialreformatoren“ beiderlei Geschlechts, enthalten. Das Tagesgespräch in New York dreht sich um die Frage, wird Waldow wagen, seinen Plan zur Ausführung zu bringen, oder wird er scheitern?

Eine letzte Meldung sagt, daß Polizeipräsident Waldow trotz aller Drohungen und Einsprüche eine Liste in der Öffentlichkeit bekannt gemacht, die die Namen der im Laufe des letzten Jahres von der Polizei entdeckten Spielhausbesitzer aufweist. Ganz New York befindet sich in großer Aufregung, da auch die Namen bedeutender Gesellschaften aufgeführt sind, darunter diejenigen zweier englischen Firmen. Zahlreiche Hausbesitzer begründen die von ihnen begangenen Geheißübertretungen damit, daß sie sich gegen die Spielwut ihrer Kunden nicht hätten schützen können.

Waldow befeigt. Bürgermeister Daynor ist an den Polizeidepartementchef W. R. Flynn mit der Bitte herangetreten, den Posten des Polizeipräsidenten anzunehmen, dessen Stellung durch die letzten Vorgänge stark erschüttert sei. Flynn hat sich von den neuesten Skandalen überwältigt worden, sodas sein Verbleiben an der Spitze der New Yorker Polizeiverwaltung nicht mehr angezeigt erscheint. Flynn hat noch keine bestimmte Antwort abgegeben.

Aus dem Ministerium des Inneren. Nach einer amtlichen Statistik des Ministeriums des Inneren beträgt die Anzahl der Erwachsenden, die nicht lesen und schreiben können, in Belgien 22,37 von Hundert. Besonders die plämiischen Provinzen zeichnen sich durch ihre große Zahl Analphabeten aus. Weipfelsweisse haben 51- und Weipfalsweisse 39 Prozent der gesamten Analphabeten aufzuweisen, während in der Provinz Luxemburg nur 20 Prozent des Schreibens und Lesens unfähig sind.

Vom Tode des Grinkens gerettet. Vier Geschwister im Alter von 3—9 Jahren hatten sich Whitwoch bei Zoffort

(Hamburg) auf eine Sandbank begeben, die während der Ebbe frei von Wasser war. Die Kleinen spielten auf dem Strand und achteten nicht darauf, daß sie nach Eintritt der Flut vom Lande abgelassen waren. In ihrer Angst fingen die Kinder an zu schreien. Es gelang einem in der Nähe sich aufhaltenden Fischer, der mit seinem Boote herbeieilte, die Kinder in Sicherheit zu bringen.

Durch eine ungeführte Gutmadel den Arm verloren. In Berlin wurde ein Straßenbahnschaffner, als er im Begriff war, das Haltesignal zu geben, durch die ungeführte Gutmadel einer auf dem Hinterperon stehenden Dame am rechten Arm verletzt. Da durch die anscheinend verrostete Gutmadel eine Blutvergiftung eintrat, mußte dem Verletzten nach zwei Tagen der rechte Arm abgenommen werden. Infolge dieses Vorfalls sind die Schaffner angewiesen worden, unnahehaftig gegen die Trägerinnen ungeführter Gutmadeln vorzugehen.

Folgen der Denkmalmassenfabrikation. Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Bielefeld ist Gegenstand eines Rechtsstreites. Die Schöpfer des Denkmals sind die Architekten Regierungsbaumeister Freyher von Tettau in Berlin und Eduard Albrecht in Steglitz. Die Kolossalfigur, hergestellt aus Parbigniomarmor, droht einzufallen, angeblich infolge der großen Hitze im vergangenen Sommer. Eine Reparatur hat keinen Erfolg gehabt, sodas das Denkmal einen recht kläglichem Eindruck macht, da es verwittert erscheint, abbröckelt und auch in der Farbe unansehnlich geworden ist. Der Bielefelder Magistrat hat jetzt beschlossen, die beiden Künstler haftbar zu machen und sie auf Rückzahlung des seiner Zeit geleisteten Honorars von 30.000 Mark zu verklagen. Es ist geplant, ein ganz neues Kaiser-Wilhelm-Denkmal zu errichten.

Die gefährliche Presse. Es war in einer politischen Versammlung in einer kleinen schlesischen Stadt. Der Vorsitzende wollte gerade die Versammlung schließen und stellte nur noch die gemöhnliche Frage: „Wünscht noch jemand das Wort zur Diskussion?“ Da erhob sich ein biederer, wohlbeleibter Kleinbürger und meinte etwas verächtlich: „Ich möchte nur die Herren von der Presse bitten, den Schluss in Ihrem Bericht fortzulassen.“ Alles ist erkannt und überlegt sich die zuletzt gesprochenen Worte, da fährt der Redner fort: „Ich meine den Satz Schluß der Versammlung 10 Uhr abends. Man will doch jetzt noch einmal mit seinen Bekannten über die Sache sprechen, trinkt auch wohl noch ein Glas Bier, und da kann es leicht 12 oder 1 Uhr werden. Wenn nun morgen die Frau in der Zeitung steht: Schluß 10 Uhr, dann ist der Teufel los!“ Allgemeiner, tosender Beifall lohnte den ruhmreichen Gegner, er hatte scheinbar das Richtige getroffen, denn die sonst so geteilte politische Meinung einigte sich sofort zu einer Resolution an die Pressevertreter, die denn auch lachenden Mundes den bedrängten Gemeindevorstand festsitzend versprachen, den ominösen Schlußsatz nicht zu bringen. In diesem Abend soll die „politische Versammlung“ sehr lange gedauert haben.

Der Arbeiter und Arbeiterinnen sagt er von 650 Mitglieder in der Stadt Braunschweig. Weiter besteht eine Jugendbewegung in Wolfenbüttel und in sechs Orten sind gute Anfänge vorhanden.

Der „Volksfreund“ zählt 15.000 zahlende Abonnenten gegen 13.000 im Vorjahre. Die Landespartei hatte einschließlich eines aus dem Vorjahre übernommenen Bestandes von 8065,92 Mk. eine Einnahme von 26.674,18 Mk. und eine Ausgabe von 24.055,87 Mk. An die Hauptkasse in Berlin wurden abgeliefert 6780,60 Mk.

Infolge der rührigen Agitation vermehrten sich unsere Reichstagswahlstimmen von 37.203 im Jahre 1907 auf 48.245, während die bürgerlichen Stimmen von 66.537 auf 45.800 zurückgingen.

Arbeiterbewegung.

Eine gelbe Selbstent.

In der Formerei der Gummiwarenfabrik „Continental“ in Hannover besteht schon seit Jahresfrist die 8 1/2 stündige Arbeitszeit. Die Arbeitsleistungen werden im Accord ausgeführt. In letzter Zeit erfolgten Lohnabläufe, so daß es den Arbeitern schwer gemacht wurde, einen zur Beschaffung des Lebensunterhalts notwendigen Lohn zu erlangen. Diese Betriebsabteilung ist stark mit Gelben durchsetzt, die für ein Vorgehen zur Erhöhung der Arbeitszeit nicht zu haben waren. Da sie aber selbst unter den Abzügen zu leiden hatten, kamen sie auf einem anderen Wege, der den Vorgesetzten recht gelblich anmutet, zum Ziel. Sie ließen eine Liste zur Unterstützung zu fertigen und machten eine Eingabe an die Direktion mit dem Ersuchen, die Arbeitszeit zu verlängern, damit sie mehr verdienen könnten. Die Mitarbeiter, Nichtgelbe, machten auf die dadurch eintretenden Entlassungen aufmerksam. Der Einwand wurde vor den Gelben abgelehnt mit dem Hinweis, daß die überflüssigen Arbeiter in andere Abteilungen kommen könnten. Als das bezweifelt wurde, erklärten einige Gelbe: Na, denn werden die Ueberflüssigen eben entlassen.

Die Direktion gab dann auch dem Ersuchen ihrer Schützlinge statt und verlängerte die Arbeitszeit auf 9 Stunden. Die Folge davon war, daß von 160 beschäftigten Personen circa 60 entlassen wurden. Gegen diese Selbstent der Gelben protestierten die Gummiarbeiter der „Continental“ in einer gut besuchten Versammlung.

Soweit es sich übersehen läßt, scheinen nur Nichtgelbe zur Entlassung gekommen zu sein. Die Gelben werden sich mit dem Gedanken, daß keiner der ihrigen entlassen ist, trösten. Was aber wäre geschehen, wenn in dieser Abteilung nur Gelbe beschäftigt würden. Eine Erhöhung der Arbeitszeit hätte die Direktion in Anbetracht der bekannten demütigen Haltung der Gelben abgelehnt. Eine Verlängerung der Arbeitszeit aber zugebilligt. Dann wären aber nur Gelbe zur Entlassung gekommen. So etwas nennt man im gelben Lager: Wahrung von Arbeiterinteressen durch gelbe Verkörperung.

Bei diesem direkt reaktionären Verhalten der Gelben müssen doch schließlich jedem die Augen aufgehen. Die Direktion hätte bei 45 Prozent Dividende, die sie zur Verteilung bringt, gewiß eine Erhöhung der Löhne bewilligen können. Bei solchem Verhalten ihrer gelben Schützlinge hat sie das natürlich nicht nötig. An diesem Schulbeispiel wird einmal in klarer Weise die unfähige und kulturwidrige Wirksamkeit der Gelben bewiesen: Verlängerung der Arbeitszeit in einem die Gesundheit schwer schädigenden Betriebe und dafür Brotlosmachung einer größeren Anzahl Arbeiter.

Die Heeresverwaltung gegen die Koalitionsfreiheit.

Sein Verteidigungsamt in Straßburg i. E. hat ein Major vor einigen Tagen den dort beschäftigten Arbeitern Vorhaltungen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verband der Militärarbeiter gemacht. Am Donnerstag sind nun auch in Spandau in den militärischen Instituten Anschläge erschienen, in denen vor dem Militärarbeiterverbande gewarnt wird. Dem Verband, der in München seinen Sitz hat, gehören in Spandau etwa vier-tausend Mitglieder an. Als Grund für das Vorgehen gegen den Verband wird die angeblich gefährliche Schreibweise des Verbandsorgans angegeben. In Wirklichkeit dürfte der Reichs- allerdings ganz wo anders zu suchen sein. Bei den letzten Reichstagswahlen glaubte man feststellen zu können, daß die Militärarbeiter in Spandau zu einem erheblichen Teil sozialdemokratisch gewesen seien. Es liegt nun allerdings sehr nahe, daß angenommen wird, die Abneigung der Militärverwaltung gegen den Verband habe in der angeleglichen politischen Betätigung der Mitglieder ihren Grund.

Jedenfalls hat die Militärverwaltung nicht das mindeste Recht, den Arbeitern die Koalitionsfreiheit zu nehmen. Bisher haben die Vertreter der Militärverwaltung im Reichstage immer behauptet, daß sie ihren Zivilarbeitern, wenn sie sich wirtschaftlich organisieren wollen, nichts in den Weg legen; es scheint aber, daß jetzt ganz systematisch gegen alle jene Arbeiter vorgegangen werden soll, die von dem ihnen gesetzlich gewährleisteten Recht der Koalition, Gebrauch machen wollen. Im Reichstage wird der Heeresverwaltung Gelegenheit gegeben werden, über ihr arbeiterfeindliches Vorgehen sich zu äußern.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

An die organisierte Bauarbeiterschaft von Schlesien.

Die Agitationsleitung des Deutschen Glaser-Verbandes hat sämtliche organisierten Glaser mit der grünen Kontrollkarte versehen. Infolge der Einzelarbeitsweise auf Bauten, sowie des Zuzuges aus der Provinz nach den Städten, ist es für die Glaser schwer, dauernd gute Organisationsverhältnisse zu erhalten. Wir richten deshalb an die gesamte Bauarbeiterschaft Schlesiens besonders aber von Breslau und Kattowitz die Bitte, uns in unseren Organisationsbestrebungen und dadurch zu unterstützen, daß sie, wo es auch sei, sich von den Gläsern die grüne Kontrollkarte vorweisen lassen. Glaser, die nicht im Besitze dieser grünen Karte sind, gehören unserer Organisation nicht an und bitten wir an nachstehende Adresse zu verweisen, wo sie jederzeit ihren Austritt erklären können.

Die Agitationsleitung des Zentralverbandes der Glaser Deutschlands.

In Breslau H. Müller, Waldgasse 12, in Kattowitz H. Schnabel, Feinzelstraße 20.

Die Urabstimmung

Zur Wahl von zwei Delegierten zum Parteitag in Chemnitz findet in allen Ortsgruppen der acht Wahlkreise: Gubrau-Steinau-Wohlau, Müllisch-Trebnitz, Dels-Grosz-Wartenberg, Briesg-Namslau, Ohlau-Strehlen-Nimptsch, Meisse und Neustadt am nächsten Sonntag, den 1. September, in der Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags in den bekannten Lokalen statt.

Das gesamte Material ist bereits den Ortsvorständen zugestellt worden.

Wir bitten die Mitglieder in den acht Wahlkreisen, am nächsten Sonntag sämtlich ihrer Parteipflicht zu genügen und sich in der oben angegebenen Zeit an der Urabstimmung zu beteiligen.

Der Bezirksvorstand.

Lauban, 30. August. Ein „Butterkrieg“ hat auch hier eingesetzt. Eine gut besuchte Konsumentenversammlung am Dienstagabend leitete denselben ein. Gerade in Lauban sind diese Verhältnisse höchst unerquicklich, da nach den Feststellungen der Organisation der Durchschnittswochenlohn der Textilarbeiter nur 11,46 Mk. beträgt. Die Versammlung wählte eine Marktkommission, die am nächsten Markttag pünktlich zur Stelle war und versuchte auf gutem Wege eine Einigung mit den Händlern sowohl als mit den übrigen Verkäufern zu erzielen. Als die Fragen begannen, was kostet die Butter?, da hieß es: 1,45, 1,50, 1,60 Mk. Die Gemüthlichkeit hatte nun allerdings bei weitem ihr Ende erreicht. „Was denkt ihr denn, es ist ja verkehrt, das nehmt ihr lieber wieder mit heim, und andere Redensarten wurden laut. Als sich einer von der Marktkommission um einige Frauen bemühte, die noch gegen 8 1/2 Uhr für das Pfund Butter 1,30 Mk. zahlen wollten, um es der Veredsamkeit des Betreffenden gelang, die Frauen davon abzuhalten, da war es mit der Gemüthlichkeit vorbei. Mit den Worten: „Sie wollen mich nicht hören, ich will lieber auf Arbeit und treiben Sie sich nun hierin, da geht es nicht an.“ Ein anderer Verkäufer machte die kläffische Bemerkung: „Do holt ihr a Tr... Alleeu kann ich je auch nie se...“ Ein anderer aber entfernte sich mit seiner Mutter, indem er sagte: „Do frakt Boinschmire.“ Eine Händlerin, welche trotz hohen Preises ihren Markt in einer Minialurausgabe anbot, wurde mit demselben Produkt bombardiert. Als nun die Nachricht vom Grünzeugmarkt kam, daß es auch dort gelungen sei, mit den verständigen Verkäufern eine Einigung zu erzielen, ging der Preis der Butter rapide zurück. 1,20 Mk. war als Durchschnittspreis zu notieren. Über es war noch kein Halt. 1,15 und 1,10 Mk., das waren die Schlusspreise. Die ungeheure Menschenansammlung führte teilweise zu Verkehrshindernissen auf der Brüderstraße. Die Polizei, die sich sehr neutral verhielt, hatte alle Mühe, die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Schweidnitz, 30. August. Ein „besserer“ Dieb. Großes Aufsehen erregt hier die Aufdeckung einer Diebstahls-Affäre. Fortgesetzt liefen Meldungen ein von Diebstählen, die in Hotels und Gasthöfen, zumeist an Markttagen, verübt wurden. Jumeist handelte es sich um die Entwendung wertvoller Stücke, die auf den Wagen der Gutsbesitzer niedergelegt waren. Trotz aller Nachforschungen blieb der Dieb lange Zeit unermittelt, bis es jetzt endlich gelang, als Täter einen wohnhabenden Gutsbesitzer aus Poggiersdorf zu entlarven. Eine Hausdurchsuchung erbrachte den Beweis für seine Täterschaft an den Diebstählen.

Waldenburg, 30. August. Ein Fehl-Urteil. Durch Urteil des königlichen Amtsgerichts in Waldenburg vom 21. November 1911 wurde gegen den Tischler Adolf Tauch aus Altwasser wegen Verurteilung unzüchtiger Handlungen mit zwei Mädchen unter 14 Jahren auf eine einjährige Gefängnisstrafe erkannt. Im Wiedererkenntnisverfahren wurde der Angeklagte von Strafe und Kosten freigesprochen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Hirschberg, 29. August. Aus der Partei. Der Wahlkreis Hirschberg-Schönau hielt Sonntag seine Jahres-Generalversammlung ab. Bei der Erstattung der Berichte ist bemerkenswert, daß das glänzende Wahlergebnis bei der Reichstagswahl — Stimmzunahme 3100 — auch einen guten und festen Rückschlag auf Organisation und Presse zur Folge hatte. Während die Mitgliederzahl am 1. Juli 1911 = 785 betrug, zählte man am 1. Juli 1912 = 1307. Die Parteipresse wurde im Vorjahre in 1339 und wird in diesem Jahre in rund 2000 Exemplaren gelesen. Die Abonnenten der „Gleichheit“ stiegen in einem Jahre von 25 auf 150. — Die Generalversammlung beschloß, den Chemnitzer Parteitag diesmal zu besuchen und den Delegierten zu beauftragen, gegen die Beitragserhöhung zu stimmen und gegen das Stichwahlabkommen mit dem Freisinn Protest einzulegen.

Hirschberg, 30. August. Kaum glaublich. Zu der von uns unter vorliegender Epithete gebrachten Notiz, monach ein aus der Lungeneisenanstalt Göbbersdorf entlassener junger Mann in Hirschberg todkrank angekommen und dort verstorben sei, teilt der Leiter der Anstalt, Dr. Brehmer, folgendes mit: „Der Patient Trautmann aus Guben, der am 10. d. M. in die Brehmer'sche Heilanstalt eintrat, erwies sich bei der Untersuchung als ungeeignet für die Anstalt, da er nicht tuberkulös, sondern schwerer Alkoholiker war. Darauf wurde er in die Heimat entlassen. Vor der endgültigen Heimreise hielt er sich noch vom 16. bis 20. August in Friedland und Hirschberg auf und hat vermutlich sein Ende infolge alkoholischer Herzschwäche gefunden.“ Demnach wäre der Anstalt kein Vorwurf zu machen.

Brieg, 30. August. Dessenliche Belobigung. Der Regierungspräsident zu Breslau macht im Amtsblatt bekannt: Der Arbeiter Georg Kurek in Brieg hat am 12. Juli er. das achtjährige Mädchen Agnes Fischer aus Brieg, welches sich in Gefahr des Ertrinkens befand, aus einem Wasserloch auf der Oberau bei Brieg gerettet. Ich bringe diese von Entschlossenheit und Opferfreudigkeit getragene Tat unter dem Ausdruck meiner Anerkennung hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Bosen, 30. August. Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung. Der Magistrat der Stadt Bosen hat beschlossen, unter Wahrung aller sanitären Maßnahmen frisches Fleisch aus Rußland zu beziehen. Außerdem ist am Donnerstag wieder mit dem städtischen Seefischverkauf begonnen worden.

Bosen, 29. August. Die Geheimnisse einer Polizeiliste. Vor der hiesigen 2. Ferienkammer stand der Polizeikommissar a. D. Carl Seydel aus Dörsitz, weil er wider besseres Wissen den Magistratschreiber Kramm und den Polizeiergeanten Winkler aus Dörsitz in einer Eingabe an die Staatsanwaltschaft der Verleumdung, Freiheitsberaubung, Körperverletzung und Sachbeschädigung aus Anlaß eines Besuchs auf dem Polizeibureau beschuldigt haben soll. Ueber den Vorgang selbst machte Seydel folgende Angaben:

Am 16. Dezember v. J. sei er auf das Polizeibureau gegangen, um in einer Unfallsache vorstellig zu werden. Auf dem Wege dorthin habe ihn sein Sohn eingeholt und ihm mitgeteilt, daß der Polizeiergeant sein Fahrrad mitgenommen habe. Als er auf dem Bureau gefragt habe, warum dies geschehen sei, habe er die Antwort erhalten: „Du hast hier gar nichts zu sagen, verfl...“ Winkler und Kramm seien dann über ihn hergefallen und hätten ihn zur Tür hinausgeworfen, wobei Winkler in Bezug auf die Familie des Angeklagten geäußert habe: „Das ist eine ganz verachtete Bande.“ Trauern hätten beide ihn gewürgt und gehörig zerschlagen. Winkler habe ihn dann die Treppe hinuntergeführt, die Haustür zugeschlossen und gesagt: „Recht haben wir dich, jetzt werden wir dich schon besorgen.“ Er sei dann weiter gewürgt worden, und ihm seien Krampfanfälle zugefallen und Jade und Uhrkette zerrissen worden. Kramm habe den Polizeiergeanten dabei ermuntert: „Sauen Sie ihn feste, daß er gleich liegen bleibt.“ Als sie ihm nach ihrer Meinung genug gegeben hätten, habe Winkler die Tür wieder aufgeschlossen und ihn hinausgeschoben. Der Angeklagte lag dann weiter aus, daß er darauf von dem Sekretär Gumbach getroffen wurde, der ihn nach der Ursache der Verletzungen befragt habe, worauf er sich zum Arzt begab. Er habe dann die Anzeige geschrieben. Unanständig habe er sich auf dem Bureau nicht benommen. Ein Zeuge sei bei dem ganzen Vorfalle nicht zugegen gewesen. Seine Darstellung beruhe auf Wahrheit und er sei ebenso glaubwürdig wie die Beamten. Auf Befragen gibt er zu, aus Anlaß dieses Auftritts wegen Beamtenehrlidung und Hausfriedensbruchs zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden zu sein, ferner auf der Liste der Trunkenbolde zu stehen. Letzteres sei auf Verreiben Winklers geschehen.

Die als Zeugen benommenen beiden beschuldigten Beamten gaben von dem Vorfalle natürlich eine wesentlich andere Darstellung. Dagegen behauptete der als Sachverständiger benommene Arzt Dr. Bengke, daß er beim Angeklagten Krampfanfälle und Fingerabdrücke, die einem Würgegriff entsprechen, festgestellt habe. Ein anderer Zeuge hat ebenfalls die Verletzungen beim Angeklagten, der nicht übermäßig trank, gesehen. Das Gericht kam nach der Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte, als er die Anzeige schrieb, der Ansicht sein konnte, er sei beleidigt, geschlagen und seiner Freiheit beraubt gewesen. Das Gericht nahm an, daß er hart angefaßt worden sei. Es sei nicht nachgewiesen, daß er bewußt in unwahre Tatsachen behauptet habe. Der Angeklagte wurde deshalb von der Anklage der wissentlichen Falsch-Anschuldigung freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte Eßb sechs Wochen Gefängnis beantragt.

Die Urteilsbegründung läßt jeder Phantasie den weitesten Spielraum. Am wenigsten werden aber mit dem Urteil die beiden Hauptbelastungszeugen zufrieden sein.

Bosen, 30. August. Zu der Witzverzäpfung ist zu melden, daß das Befinden der beiden erkrankten Schwestern Witzak, die bekanntlich nach dem städtischen Krankenhaus überführt worden sind, keinen Anlaß mehr zu ernstem Bedenken gibt.

Bojanowo, 30. August. Gefahren der Arbeit. Eine Maad des Dominikus Kowitsch stürzte vom Heuboden durch eine offene, mit Stroh überdeckte Luke in den darunter befindlichen Kälberstall. Sie schlug mit dem Kopfe gegen einen steinernen Trög. An den dabei erlittenen schweren Kopfverletzungen ist die Maad, ohne wieder zum Bewußtsein gekommen zu sein, gestorben.

Kawitsch, 30. August. Eingestürztes Haus. Mittwochs nachmittags stürzte wahrscheinlich infolge aufälliger Feuchtigkeit auf der Judenstraße ein dem Altwarenhandler Kallmann hierseits gehöriges Hinterhaus ein, das im Parterre noch bewohnt war. Verunglückt ist niemand.

Bronberg, 30. August. Erschlagen. Auf dem Gute Hochlin suchten mehrere Arbeiter während eines Gewitters unter einem Baume Schutz, von einem niederfahrenden Blitz wurde der Arbeiter Zwick erschlagen.

Hohenfals, den 30. August. In einer blutigen Schlägerei kam es auf der Straße zwischen mehreren Schlägern und einigen Wirgern. Die Fleischer Eymanski und Pöschl wurden mit Messern so arg zerstückt, daß sie auf ärztliche Anordnung von der Straße weg ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Bestimmungen der städtischen Markt-Notierungskommission.
Breslau, den 29. August.

	gute		mittlere		geringe Sorten	
	höchst.	niedr.	höchst.	niedr.	höchst.	niedr.
Weizen, weißer	20 10	18 20	19 10	18 20	18 10	17 50
Weizen, gelber	20	19 10	19	18 10	18	17 70
Woggen	16 60	16 10	15	15 50	15 40	14 90
Bräuergerste	19	18	17 90	17	—	—
Gerste	17	16 70	16 60	16 20	16 20	15 50
Hafer, alter	19 90	19 40	19 80	19 10	19	18 60
Hafer, neuer	16 60	14 80	16 20	15 90	16 60	16 50
Victoria-Gerben	24	23	22	21	20	19
Erbsen	21 80	21	19 80	19 80	18	17 50
Blumenkohl	22 50	—	22	—	27 50	—

Getreide per 100 Pfd. neuer 60—600 Pfd.
Brot per 100 Pfd. 4.50—5.50 Pfd.
Preis-Stroh 100 Pfd. 2.20—3.60 Pfd.

Breslauer Mehlmarkt. Weigl ruhig, per 100 Pfd. incl. Sach Fracht Weizenmehl 00 27.20—28.00 Pfd., Roggenmehl 0 24.50 bis 25.00 Pfd., Roggen-Feinmehl 25.00—24.00 Pfd., Roggen-Buttermehl ruhig, 15.50 bis 14.00 Pfd., Weizenkleie matt, 18.00—19.50 Pfd.

Man verlange,

wenn man die besten Fabrikate haben will, stets solche, die sich seit Jahren bewährt haben. Nachahmungen, besonders in ähnlichen Packungen, weisen man im eigensten Interesse zurück. Fabrikate, die sich infolge ihrer hervorragenden Qualität und ihrer unbedingten Zuverlässigkeit lange Jahre bewährt und einen Weltruf erworben haben, sind:

Dr. Oetker's Backpulver Dr. Oetker's Puddingpulver Dr. Oetker's Vanillin-Zucker

1 Päckchen 10 Pfg.

3 Stück 25 Pfg.

Überall zu haben!